



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906

208 (5.5.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-419775](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-419775)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelegente und verbreitete Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Bürgenstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.
Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Kun-
nahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition 218

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Erlaubt man sich 20 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
ausschlag N. 3.42 pro Quartal.
Einzeln-Nummern 6 Bg.

Inserate:

Die Colonien-Zeile . . . 20 Bg.
Auswärtige Inserate . . 25
Die Reklam-Zeile . . . 60

Nr. 208.

Samstag, 5. Mai 1906.

(1. Abendsblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst im ganzen
24 Seiten.

Die Diätenvorlage.

(Von unserem Beiliner Bureau.)

Hs. Berlin, 4. Mai.

Die Diätenvorlage zum Deutschen Reichstage hat sich in der Kommission dermaßen verändert, daß ihr eigener Vater sie nicht wiedererkennen würde, wenn er der Prozedur fortschreitender Verschönerung nicht beigewohnt hätte. Denn ein besseres und würdigeres Aussehen hat die Vorlage schon bekommen, das läßt sich gar nicht leugnen. Geblieben ist das Pauschale in Höhe von 3000 M. für das Kalenderjahr, nur die Ratenzahlung ist etwas verändert. Geblieben ist auch der Abzug für jede versäumte Sitzung, nur ist er von 30 M. auf 20 M. herabgesetzt, der Charakter einer Geldstrafe für die Versäumnis ist dem Abzug also genommen. Denn 20 M. ist der Durchschnitt, wonach das Pauschale ermittelt wurde. Dafür soll aber das Fernbleiben von einer namentlichen Abstimmung, auch wenn die Anwesenheit festgesetzt ist, mit 20 M. Abzug bestraft werden, ein Beschluß, der freilich nur mit 1 Stimme Mehrheit zustande kam, allerdings bei vollbesetzter Kommission. Ungeachtet Zustimmung sollte es finden, daß die Kommission die etwas kleinlichen Kontrollvorschriften für die Anwesenheit beseitigt hat. Die Anwesenheitslisten hat sie zwar, vermutlich dem Grafen Posadowsky zu Liebe, in den Text des Gesetzes aufgenommen. Wie auf Grund dieser Listen die Anwesenheit nachzuweisen ist und welche Entschädigung demgemäß das einzelne Mitglied zu fordern hat, soll der Präsident bestimmen; ein Ausweg, den wir von Anfang an als am empfehlenswertesten bezeichnet hatten. Auch das Verhältnis der Reichstagsdiäten und Landtagsdiäten wurde anders geregelt, als die Vorlage der Regierung es geplant hatte. Graf Posadowsky vertrat bei der ersten Lesung bekanntlich den Grundsatz: Reichsrecht geht vor Landesrecht. Darnach sollten die Diäten, die das Reich zahlt, unbeeinträchtigt bleiben von denen, die der Empfänger etwa für ein Landtagsmandat gleichzeitig zu beanspruchen hätte. Es sollte den Bundesstaaten überlassen bleiben, auf dem Wege der Landesgesetzgebung ihre Diäten um entsprechende Beträge zu kürzen. Die Kommission hat den umgekehrten Weg eingeschlagen: die Landesdiäten sollen unverändert ausbezahlt werden, der Empfänger hat von gleichzeitig fälligen Reichstagsdiäten aber den entsprechenden Betrag abgeben zu lassen. Den staatsrechtlich richtigeren Weg wollte die Regierung gehen, der „historischen Entwicklung“ entspricht der Vorschlag der Kommission, außerdem empfiehlt er sich vielleicht durch geringere Umständlichkeit; wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Zahl der Doppelmandatäre, infolge der Diätenzahlung auch im Reich, auf ein Minimum zusammenzuzwängen solle.

Nach dem Grundsatz praktischer Lebensweisheit, daß sich segnet, wer das Kreuz hat, bemühten sich die Reichsboten dann auch noch unbeschränkte freie Eisenbahnfahrt, wie sie sie früher schon einmal genossen. Man soll in diesen Dingen nicht kleinlich sein, und den Volkvertretern die ungehemmte Selbstenliebe, sich

im Reiche umzutun, von Herzen gönnen. Der Nachteil, daß sie von einigen mehr zu Vergnügungsfahrten mißbraucht werden könnte, wiegt nicht so schwer wie der Vorteil, daß jeder, der sein Mandat ernst nimmt, eine tunsücht unbeschränkte Möglichkeit sich zu informieren hat. Abgelehnt hat es endlich die Kommission, die Fisser der Beschlußfähigkeit auf dem Wege des Gesetzes zu ändern. Wie es scheint, hat Graf Posadowsky sich — schweren Herzens wohl nur — in diese Beschränkung seiner ursprünglichen Pläne gefunden. Denn er erklärt nur das Pauschale und die gesetzlich festgelegte Kontrolle über die Anwesenheit für solche Grundlagen des Gesetzes, worauf die Regierung nicht verzichten könne. Man wird noch eine 2. Lesung in der Kommission vornehmen, wohl um noch einige Schönheitsfehler zu korrigieren, aber man wird sich — woran wir nie gezweifelt hatten — einigen, dann zumeist auch einem verständigen Entgegenkommen der Regierung.

Zum preussischen Schulaufsichtsgesetz.

Aus der nationalliberalen Fraktion erhält die „nack. Corr.“ im Anschluß an ihren auch von uns gebrachten Artikel „Regierung und Nationalliberale“ folgende kurze aber wohl als bedeutsam anzusehende Mitteilung. Der betreffende Abgeordnete gehört nicht zu den nationalliberalen Kommissionsmitgliedern. Er schreibt:

„Es steht ausdrücklich fest, daß bei den Kompromißverhandlungen über das Volksschulunterhaltungsgesetz der § 40, welcher das Recht der Städte behandelt, lebhaft beanstandet worden ist und daß von Seiten der Unterrichtsverwaltung ein weitgehendes Entgegenkommen im Sinne der nationalliberalen Forderungen zugesagt wurde. So ist es der Fraktion mitgeteilt worden. Nun geschieht, in letzter Stunde, das gerade Gegenteil, und der Staatsminister, der bisher in den Kommissionsberatungen zu Gunsten eines seiner Herren Kommissare von seiner leitenden Stellung kaum Gebrauch gemacht hat, tritt mit dem Vollempfänger seiner Verantwortlichkeit als Staatsminister auf und erklärt, hier könne von einem Entgegenkommen nicht mehr die Rede sein, die Regierung habe schon zuviel nachgeben müssen; das Mehr ginge nicht! Die von dem Staatsminister oder vielmehr seinem Kommissar geübte Nachgiebigkeit hat nach meinen recht sorgfältigen Beobachtungen der Vorgänge in den Kommissionsverhandlungen darin bestanden, daß jede Erfüllung des Kompromisses von Seiten der Nationalliberalen dem Kultusministerium geradezu abgerungen werden mußte, und daß während dieser Arbeit der Vertreter der königl. Staatsregierung die ganze Kunst seiner dialektischen und diplomatisch eigenwilligen Geschicklichkeit aufbot, um ein Loch nach dem andern in das Kompromiß hineinzustopfen. Und dies ist ihm wirklich in letzter Stunde, und zwar (ich muß es mit Bedauern hervorheben) mit Hilfe einer direkten dahingehenden Marschroute der konservativen Fraktionsmitglieder und zum hellen Jubel des Zentrums gelungen. Die königliche Staatsregierung kann natürlich nicht daran denken, daß auch nur ein einziges Mitglied der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses sich für dieses solchergestalt durch Richtereinhaltung der in Aussicht gestellten Zugeständnisse zusammengesetzte Gesetz weiterhin interessieren dürfte. Die nationalliberale Fraktion wird durch diesen Abschluß

der Verhandlungen in der Kommission zu dem Glauben bestimmt, daß dieser Bruch ein von langer Hand vorbereiteter gewesen ist, denn so gering kann ich doch die Unterrichtsverwaltung nicht einschätzen, daß sie einen so folgenschweren Schritt ohne genaue Überlegung getan haben sollte. Wenn die königliche Staatsregierung in der Feinheit ihrer Denkungsart sich dabei überlegt haben sollte, die Nationalliberalen werden aus Sorge, daß das Gesetz nunmehr durch das hier angebahnte Bündnis zwischen Konservativen und Zentrum zustande kommen würde, nachgeben, so dürfte sie sich irren. Mag die königliche Staatsregierung den Versuch machen, das Gesetz mit diesen Parteien zustande zu bringen, die Nationalliberalen werden keinen Schritt abzugeben, um darin hindernd einzuwirken. Solcher Kämpfe sind sie müde. Sie stellen die königliche Staatsregierung vor die Folgen dieses Schrittes und aller daraus sich ergebenden weiteren Schritte.“

Deutsches Reich.

* Berlin, 4. Mai. (Der Zentralverein Deutscher Handlungsagenten-Vereine) hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet und gebeten, allen Anträgen, welche durch Einführung einer Fahrkartensteuer in der Gestalt von kilometrischen Zuschlägen zu den Fahrkartenpreisen eine Verteuerung des Reisens herbeiführen, die Zustimmung zu verweigern.

Der Zentralverband führt in der Eingabe aus, daß der Stand der Handelsagenten, welcher zum großen Teil eine ausgeübte Reisefähigkeit ausübt, durch betriebl. Verteuerungen ganz empfindlich geschädigt werden würde. In sehr vielen Fällen trägt der Agent selbst die Reisepreise; er würde also für seinen Geschäftsbetrieb erhebliche Mehrausgaben aufwenden haben. In anderen Fällen, wo die Reisepreise von den vertretenen Häusern getragen werden, ist zu erwarten, daß diese sich veranlassen sehen, die Reisefähigkeit ihrer Vertreter einzuschränken, wodurch den Agentenstand mittelbar bedeutende Verluste treffen würden. Da zugleich der gesamte Warenabsatz geschädigt werden würde, so hat auch der gesamte Handel und die Industrie ein Interesse, gegen eine Verteuerung des Reisens Einspruch zu erheben.

Außerdem hat der Zentralverband noch an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet und diesen gebeten, etwaigen Beschlüssen des Reichstages in dieser Richtung seine Zustimmung zu verweigern.

— (Aus den parlamentarischen Kommissionen.) Die Reichstagskommission für die Maß- und Gewichtsordnung beendete heute die erste Lesung durch un- veränderte Annahme der §§ 17 bis 23. Die zweite Lesung soll am 15. Mai stattfinden. Der Bericht der Steuerkommission des Reichstages betr. die Wänderung des Reichs-Stempelgesetzes ist dem Reichstage nunmehr zugegangen. Das Allenstück enthält die Berichte der Kommission über den Stempel auf Frachtfurden auf Personen-Fahrkarten, Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge, Quittungen und Vergütungen (Antiemien). Den Stempel auf Quittungen empfiehlt die Kommission bekanntlich abzuschaffen.

— (Zur Zigarettensteuer.) Die Zigarettenfabrikanten nehmen in schärfster Weise Stellung gegen die

Die große Berliner Kunstausstellung.

(Ein erster Rundgang.)

Er dauert 2 Stunden, dieser erste flüchtige Rundgang, und wenn man nachher den Katalog durchblättert, ist man erstaunt über alles, was man — nicht gesehen hat. 2381 Nummern umfasst die Jahresausstellung, 747 die retrospektive Ausstellung. Summa 3128 Kunstwerke, die angesehen, gewürdigt, beurteilt sein wollen. Wollte man wirklich jedem davon in den 2 Stunden einen Blick gönnen, so hätte man dazu 2 1/2 Stunden Zeit. Sie leben, es geht beim besten Willen nicht, man müßte schon mit einem Auto durch die Säle rasen.

Nun ist das Unglück für unsereins ja nicht groß. Man geht ja nicht nur einmal, sondern ein Duzend oder mehr Male hin. Aber die Ausstellung ist doch für das Publikum da, für die Fremden, die jetzt nach der Hauptstadt zu strömen beginnen! Man wird ruhig annehmen können, daß 99 Prozent aller Besucher den Kunstaal nicht mehr als höchstens 2 Mal aufsuchen. Natürlich wollen sie soviel wie möglich mitnehmen und rennen das Ganze durch, statt sich entschlossen auf einzelne Teile zu beschränken — wer würde es als Durchstreifer nicht so machen? Dazu kommt nun noch die Jahrhundert-Ausstellung, die — höchst erfreulicher Weise! — bis Ende Juni verlängert wird, und nach an Ueberfülle leidet. Die will der Fremde, sehr mit Recht, doch auch gesehen haben. Wie aber soll das Publikum aus dieser verwirrenden Fülle von Eindrücken etwas mit nach Hause nehmen? Und wenn das als Aufgeschloffen zu gelten hätte, wäre damit nicht vom Zweck der Ausstellungen die eine Hälfte verfehlt? Mehr als je wäre es in diesem Jahre notwendig gewesen, sich auf eine knappe Auswahl zu beschränken, und mehr als je ist aus der Ausstellung ein Jahrmarkt geworden. Die Ausstellung der Gesellschaft, obgleich im Durchschnitt kaum höher stehend als die „große Berliner“, gewährt einen künstlerisch reicheren Gewinn, weil sie der Anfahrfähigkeit des Beschauers besser Rechnung trägt.

Ein wahres Glück noch, daß sich die Unmasse des Gebotenen wenigstens in zwei große Gruppen gliedert, die der Besucher, der keinen Ueberfluß an Zeit hat, getrennt genießen sollte. Die wertvollere Gruppe ist die der retrospektiven Ausstellung, die die Jahre 1856—80 umfaßt. Eine weitere schätzenswerte Ergänzung zur Jahrhundert-Ausstellung! Beeinträchtigt wird der Wert nur dadurch, daß man ein wenig wahl- und planlos hier untergebracht hat, was in die Nationalgalerie nicht mehr hineingibt. So muß man sich durch die Masse — sit venia verbo — selbst „durchschneiden“, so gut es geht. Es bleibt ein ganz hervorragendes Verdienst, daß diese drei Ausstellungen, die Jahrhundert-Ausstellung in der Nationalgalerie, die Ergänzung dazu im Neuen Museum, und die retrospektive im Kunstpalast in Moabit, neuer an einem Plage vereinigt sind. Aber der Eindruck könnte vornehmer und der Gewinn reicher sein, wenn eine starke Persönlichkeit mit Energie und Takt eine einheitlich durchdachte Auswahl hätte treffen können. Unter den mancherlei Gründen, weshalb das gerade hier nicht ging und nicht geht, ist einer der, daß dem höchsten Geschmack mehr Rechnung getragen werden mußte, als sich rein künstlerisch rechtfertigen läßt.

Kunst ist auch das erste, was von der anderen Gruppe, der eigentlichen Jahresausstellung, zuerst ins Auge fällt. Da ist der Hohenzollernaal, mit zwei Riesengemälden Anton v. Werner's: Die erste Reichstagsöffnung durch Wilhelm II., und die Beglückwünschung Wilhelms zum 90. Geburtstag durch den Kaiser. Sie sind natürlich gemalt nach dem umgekehrten Gesessionsprinzip, die Form ist nicht, der Inhalt alles. Aber für das große Publikum ist das stoffliche Interesse, um der bekannten Persönlichkeiten willen, natürlich, nicht gering. Dann sind da eine Menge Bilder des Kaiserpaars und ein der kleinen Viktoria Aufs. worauf vielleicht noch einmal zurückzukommen ist. Und dann wandert man durch die Säle und Kabinette, und schaut und schaut, und leidet förmlich nach einem Eindruck, der einen so stark fesselte, daß man gezwungen sehen bliebe, oder umkehrte, noch einmal hinzuschauen — aber es ist nichts damit. Zweimal höchstens bekommt man einen

Eindruck, der einen tiefer beschäftigte. Einmal bei Oberlein einen sehr hüben. Am den 11's nachgerade ein Jammer. Er hat sich nicht verlogen können, seinen Verfassungen gegen Richard Wagner und Goethe auch eine gegen Schiller folgen zu lassen; wieder ist's ein schlechter Komödiant geworden, der Schiller in einer unerträglich Baise darstellt, die „Schaffen markiert“. Dahinter ein Genies in Parade, mit irgend einem Gemäch in der Hand. Schandervoll, höchst schandervoll, daß dergleichen Balornare zugelassen wird. Und noch einmal bleibt man vielleicht festgehalten haben, aber aus erfreulicherem Anlaß, vor der Tänzerin von Otto Marcus; das ist nichts alltägliches wenigstens. Man darf sie sich schon noch einmal anschauen.

Dr. Paul Harms.

Max Eyth

zum 70. Geburtstag.

Von Otmint.

Nicht mit beiden Fieben wie der Ritter in Wlonds „Schwäbische Kunde“, mit Geisteskraft und Willensstärke hat sich der Schwabe Max Eyth seinen Weg gebahnt.

Sein Vater war ein bekannter Philologe, seine Mutter eine bedeutende Frau. Ihr Buch „Bilder ohne Rahmen“ hat viele Auflagen erlebt. Am 6. Mai 1836 wurde Max Eyth geboren. In einer Zeit des Tiefstandes der Technik hat das Tad Tad eines Stahlhammers den in ihm schlummernden Drang geweckt und ihn mit unüberstehlichem Zwang zum technischen Beruf gedrängt, dem er sein Leben lang mit Liebe angehangen hat, und dessen Hürden er mit seinem Humor für sich und andere zu verklären verstand. Eyth ist ein ebenso tüchtiger Ingenieur, wie Künstler und Pädagoge. Sein dreibändiges Werk „Am Strom unserer Zeit“ wird immer ein ausgezeichnetes Kulturbild aus der Jugendzeit des technischen Zeitalters bleiben. Das ist sein wissenschaftlicher Wert, aber viel köst-

Wet, in der die Abgabensteuer von der Reichstagskommission beschlossen worden ist. Die Zigarettenproduktion beträgt 5 Milliarden Stück, wovon etwa 800 Millionen auf den Export entfallen. Der zu verbleibenden 4,2 Milliarden der Fabrikation haben sich bereits 3,8 Milliarden gegen die Vanderschleiersteuer bezahlt; von dem Rest ist die Erklärung noch nicht eingelaufen. Diese fast einmütige Stellungnahme verdient durch die Beachtung des Reichstags. — Der Deutsche Tabakverein hat zur Zigarettensteuer eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, worin er die Vanderschleiersteuer als das schädlichste System einer Sonderbesteuerung der Zigaretten bezeichnet und eine Reihe Abänderungen zu den Beschlüssen der Steuerkommission des Reichstags beantragt. Des weitern protestiert der Verein öffentlich gegen die Unterstellung, daß er die Anregung zur Sonderbesteuerung der Zigaretten gegeben habe.

— Die Reichstagsersitzung vom 1. Mai in Altensachsenhausen ist nach einer Nachricht aus Lüdenscheid auf den 27. Juni anberaumt worden.

— (Reichstagsabg. Mörz.) Die Nachricht der „Allg. Volkstz.“, daß der Reichstagsabg. Mörz sein Mandat niederlegen werde, wird der „Allg. Ztg.“ von berufener Seite als unrichtig bezeichnet.

— (Reichstagsabg. Fuchs) will nach dem Ausgange der von ihm gegen sieben westfälische Provinzialblätter angeführten Privatbeschuldigungen im Spätkommer sein Mandat niederlegen und unter altentworfener Darstellung des seit fast zwei Jahren gegen ihn geführten Feldzuges seinen Wählern die Vertrauensfrage stellen.

— (Deutsche Militärinstruktoren im Kuba-Land.) Der frühere Leutnant Vertling im Grenadierregiment Königs Friedrich I. (4. Ostpreussisches) Nr. 5 zu Danzig, der vom August 1895 zur Dienstleistung im chilenischen Heere bis zum 1. Mai 1907 beurlaubt wurde, ist jetzt als Oberleutnant zum Chef des Generalstabes der 4. Militärdivision in Concepcion (Chile) ernannt worden. Ein schnelles Advancement.

— (Die Verluste in Deutsch-Ostafrika.) Unsere Verluste in dem ostafrikanischen Aufstande, der im August 1905 begann und jetzt als beendet angesehen werden darf, berechnet die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“ folgendermaßen: Weiße: Gefallen: 4 Schutztruppenangehörige, 1 Matrose, 1 Bur. Ermordet: 7 Missionarsangehörige, 2 Anführer. Erkrankt: 1 Schutztruppenangehöriger, 1 Marine-Infanterist. An Krankheit verstorben: 8 Marineangehörige (Seesoldaten), zusammen also 23 Europäer. Verwundet wurden: 7 Schutztruppenangehörige, 3 Gouvernementsbeamte und 2 Missionarsangehörige. Farbige: Gefallen: 66 Askaris, 243 Hilfskrieger, 7 Träger und 20 andere Farbige. Verwundet: 50 Askaris, 115 Hilfskrieger, 7 Träger und 20 andere Farbige. — Vergleicht man diese Statistik mit den Verlusten in Südwestafrika, so erscheinen sie günstig.

— (Der Reichsminister Fürst Bülow) empfing am Donnerstag zu seinem 57. Geburtstag außerordentlich viele Gratulationen und Sympathiebeweise. Die Vorzellanfabrik, die der Kaiser dem Fürsten als Geburtstagsgabe übersenden ließ, zeigt vorn das Bildnis des Monarchen und auf der Rückseite eine Abbildung des Neuen Palais. Sie ist künstlerisch reich ornamentiert und gemalt. Die Kaiserin sandte ein Glückwunschktelegramm, ebenso alle Bundesfürsten und viele ausländische Herrscher. Der Kronprinz und alle Prinzen des kaiserlichen Hauses, auch der Fürst von Hohenzollern, ließen Glückwünsche übermitteln. Die fremdherrlichen Botschafter und Gesandten, die Gesandten der deutschen Bundesstaaten, die Mitglieder des diplomatischen Korps, die Minister der Bundesstaaten, Abgeordnete des Reichstages und preuß. Landtages gaben ihre Karten ab, ebenso die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden. Als einer der ersten sprach der Chef des Zivilkabinetts H. Bucmann vor.

Ausland.

* Italien. (Der Marineminister) wird infolge der Angriffe auf die Verwaltung verschiedene Generaldirektoren seines Ressorts an, gegen den Bericht der parlamentarischen Enquete-Kommission einen Gegenbericht ausgearbeitet, der den ersten erklären, revidieren und der Kammer vorgelegt werden soll.

* Großbritannien. (Der deutsche Botschafter Graf Wolf Metternich) informierte, wie der „Standard“ über, den Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey dahin, im Falle eines Streites zwischen Großbritannien und der Türkei in der ägyptischen Grenzfrage könne der Sultan nicht auf die Unterstützung Deutschlands rechnen. Der „Standard“ bemerkt dazu, dies bringe eine bedeutungsvolle Klärung der Sachlage, da, wenn auch Deutschland niemals beschuldigt worden sei, den Sultan zu solcher unangenehm aggressiven Handlung aufgehetzt zu haben, doch die Gefahr bestand, daß die türkische Regierung auf deutsche Unterstützung zählen zu dürfen glaubte. Deutschlands Stellung werde

über ist der Schatz, den der Leser aus der an Gemüt, Humor und Lebensweisheit so reichen Erzählung schöpft.

Nach langen Wanderjahren kehrt Geth in die Heimat zurück. Er hatte die Welt hin und her durchquert, seine Dampfmaschine hatten ihn in enge Beziehung zur Landwirtschaft gebracht, und namentlich die legendären Veranstaltungen der engl. Landwirtschaftlichen Gesellschaft, die er auf den jährlich wiederkehrenden Ausstellungen gründlich kennen zu lernen Gelegenheit hatte, hatten seit langem den Wunsch in ihm geweckt, den Bandwirten seines deutschen Vaterlands eine ähnliche Organisation zu schaffen. Es ward ihm zum letzten Entschluß, als er im Jahre 1882 seine Stellung bei Fowler in Leeds aufgab und nach Deutschland zurückkehrte. Von da ab hat er unermüdet an der Verwirklichung seiner Idee gearbeitet. Und das Werk gelang, trotz der sich ihm entgegenstellenden Schwierigkeiten, so daß heute die D. L. A. in eigenem Hause mit 12000 Mitgliedern und großem Vermögen als selbstständiger Bau von Besten der Landwirtschaft besteht. Mehr Jahre lang hat er an der Spitze der Gesellschaft gestanden, denn legte er die Leitung in andere Hände und zog sich in die Stille seiner schwedischen Heimat zurück.

Dort entstand sein erster größerer Roman „Der Kampf um die Obopyramide“, der, wie ein starker Schrieb, der Lebenswahrheit, seltens und tiefgründigste Roman der letzten Zeit genannt zu werden verdient. „Der Kampf um die Obopyramide“ ist der Kampf zweier Weltanschauungen, der Kampf zweier Seelen, die in Geths eigener Brust wohnen, der technisch-realen und der künstlerisch-romantischen, ein Werk voll moderner Probleme des Lebens mit dem Untergrund des vielstündigen ägyptischen Agyptenlandes und dem erstaunlichen Pyramidenbau.

durch diesen Schritt beiden Parteien völlig Kargemacht, und es werde dadurch die Gefahr eines Zerfalls auf Seiten der Partei beseitigt. In Londoner diplomatischen Kreisen hat man übrigens den festen Eindruck, daß der Sultan seinen Widerstand gegen die britischen Forderungen bald aufgeben werde.

Badischer Landtag.

70. Sitzung des 2. Kammer.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

Karlsruhe, 5. Mai.

Präsident Willems. Am Regierungstisch Staatsminister v. Dusch und Regierungskommissare.

Die Vertagung des Volkschulgesetzentwurfs.

Herr v. Kroschke führt in seinem Schlußwort aus, daß die Kommissionsanträge in dem Hause auf keinen Widerspruch gestoßen. Jedoch auf einstimmige Annahme wohl zu rechnen sei. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion sei eine Reihe weitgehender Anträge gestellt, die gemäß sehr gut gemeint, vorerst aber nicht durchzuführen sei. Zu § 14 sei der Antrag gestellt, an jeder Volksschule so viele Lehrer anzustellen, daß auf einen nicht mehr als 60 Schulkinder kommen; jedenfalls müsse die Zahl 80 nicht überschreiten. Heute soll man mit der jetzt vorgenommenen Normierung der Schülervzahl zufrieden sein, um auch der zukünftigen Generation etwas zu überlassen. Ein weiterer Antrag gehe dahin, den Unterrichtsplan durch Gesetz zu bestimmen. Bei aller Achtung vor der pädagogischen Befähigung einer parlamentarischen Körperschaft möge er diese Aufgabe doch den verehrten Schulmännern überlassen. Weiter gehen die Anträge dahin: „Gehalte und andere Bezüge der Lehrer an Volksschulen werden von der Staatskasse getragen.“ Diese einfache Lösung würde dem Staate eine Mehrbelastung von 5 1/2 Millionen Mark bringen, was eine Steuererhöhung von ungefähr 16 Prozent bedeuten würde. Keinesfalls verhalte es sich mit den weiteren Anträgen, die Beihilfen unentgeltlich zu liefern und von einer Erhebung des Schulgeldes abzusehen.“ Gewiß seien diese Anträge sozial zu wünschend, doch müsse es vorerst den Gemeinden überlassen bleiben, auf diesem Gebiete Fiebernd und im Sinne der Anträge tätig zu sein. Er bitte also, diese Anträge abzulehnen. Die gestrigen Ausführungen des Herrn v. Kroschke über das Verhältnis der Kirche zur Schule und den Religionsunterricht hätten zur Formulierung von Anträgen nicht geführt; er könne sich den Ausführungen nicht anschließen, wenn er es auch verstehen könne, wenn man einer Reform des Religionsunterrichts das Wort rede. Wenn er der Beibehaltung des Religionsunterrichts das Wort rede, so tue er dies im Interesse der Schule und der Erziehung unserer Jugend, die durch einen warmen Religionsunterricht nur gefördert werde. Man solle es der Zukunft überlassen, welchen Gang diese Entwicklung nehme. Wenn man aber die Religion aus der Schule entferne, dann dürfe man der Kirche das Recht nicht vorenthalten, Schulen auf religiöser Grundlage zu errichten. (Beifall rechts.) Unsere Volksschule sei grau in grau gemalt worden, das sei doch zu weit gegangen, denn unser Volk sei im allgemeinen ein gut durchgebildetes; das müsse aber im Menschen selbst liegen, der Trieb zur Arbeit. Zur geistlichen Schularbeit bedürfe der Lehrer eines frischen, frohen Sinnes und eines ebenbürtigen Gehalts; dieses könne aber nicht vorhanden sein, wenn auf dem Lehrer die Sorge des täglichen Lebens laste. Eine Ueberreicherung mit der Regierung sei in diesen Tagen nicht zustande gekommen, doch hoffe er, daß eine Verständigung doch noch erzielt werde. Er hoffe auch, daß die Regierung sich nicht dem Schwergewicht der Gemeinde verweigere, die gegen eine weitere Belastung der Gemeinde sprächen. Eine bisher unausgeglichen Differenz bestehe noch in der Frage der Einsetzung in den Gehaltsstab. Auch die Kommission sei sich der Schwierigkeit wohl bewußt gewesen, sie habe damit auch nicht rücheln wollen an der Stellung der Gemeinden zur Schule. Auch er hoffe, daß die Vorlage noch zu einem erschöpflichen Abschluß komme im Interesse der Lehrer, der Volksschule und unseres Volkes. Und so hoffe er, daß wie schon früher, die Regierung entgegenkommen werde. (Bravo.)

Spezialberatung.

Herr v. Kroschke (Soz.) behauptet, daß der Landtag seine erste Besungen habe; es würden durch eine solche vor der Kommissionsberatung die allgemeinen Gesichtspunkte zur Sprache gekommen sein und so würden die Anträge seiner Partei unendlich geworden sein. Da dem nicht so sei, habe seine Partei die wichtigsten Anträge einbringen müssen. Das einstimmige Votum sei aber schon durchschickert durch die geistige Erklärung des Herrn v. Kroschke, der ein Nachgeben in Aussicht gestellt. Eines müsse er aber noch bemerken: der Herr v. Kroschke habe gestern in liberaler Weise erklärt, die Kirche werde nicht zugehen, daß der Lehrer unter einem gewissen Zwang zu stehen habe, wenn seine religiöse Anschauung ihm verbiete, Religionsunterricht zu erteilen. Das sei von dem Herrn v. Kroschke gewiß sehr liberal; der Lehrer werde auch nicht Schaden leiden an seiner Seele, wohl aber sonst, denn er werde im heutigen Staate einfach keine Anstellung finden. Redner begründet sodann im einzelnen die sozialdemokratischen Anträge, wie sie zum Teil schon in der Generaldebatte begründet worden sind. Aus dem allgemeinen Schulstange erfolge für den Staat die Pflicht, auch die Schullosen zu tragen. Die Durchführung der Anträge sei möglich und werde auch dazu führen, die Schule wie auch die Tätigkeit der Lehrer zu fördern und nicht zuletzt den Willkür der Lehrer.

Herr v. Kroschke (Soz.) erklärt, daß seine Partei den Anträgen ablehnend gegenüberstehe, wobei er sich auf die Ausführungen des Berichterstatters berufen möchte. Die Anträge würden aber auch eine vollständige Umwälzung der finanziellen Gesichtspunkte herbeiführen. Wenn etwas das Zustandekommen des Gesetzes gefährde, so seien dies die Anträge der Sozialdemokratie.

In ungeschwächter Gestalt und Adressat will der Möhrige noch unter uns. Aus allen deutschen Gauen eilen die Grüße für seinen Ehrentag zu ihm. Wir wünschen, daß seine Feder uns noch manche Frucht seiner reifen und doch jugendfrischen Muse schenken werde. Die Stunden, die man in der geistigen Gesellschaft Geths verbringt, sind Feiertage. So möge zum Schluß aus seinem so bedeutendsten Werk eine poetische Selbstbiographie mitgeteilt werden:

Ein Leben.

Ich habe durchwandert, manch nasse Bahn
Im Drahtgeschiff, dem stabgerippten;
Ich war ein Pücker in Kanaan
Und habe gepflegt das Land Kopten.

Im Sonnenbrande, heiß und hell,
Und ich durch Schriens Berge geritten
Und hätte nach tieferem Quell
Bei Dünen und bei Naronten.

Dem Nilflusse jagt' ich zu
Am gelben Saume der Sahara;
Wein Schleiher dampfte ohne Ruh'
Am Anstark des Niagara.

Gold such' ich im großen Sand
Wie in Kentlands Kohlenlichte;
Im lieben deutschen Vaterland
Du schrie ich Wäher und Gebiete.

Er würde sehr erfreut sein, wenn es der Kammer gelänge, den Widerstand der Regierung zu brechen, und er sei gern bereit, dem Minister mit warmen Worten aus Herz zu legen, ein weites Entgegenkommen zu bewilligen. Aber er habe als verständiger Mensch mit der Tatsache zu rechnen, daß eine solche Erklärung nicht abgegeben und nicht abgegeben werde. Es komme ferner die Annahme der ersten Kammer in Betracht. Hier freimüthig zu sein und nur nach dem Willen der 2. Kammer etwas zustande bringen zu wollen, das hieße das Gesetz, das doch einen Fortschritt bedeute, gefährden, und deshalb sei er geneigt, mit einer unbedeutenden Änderung zu rechnen. Er habe dabei auch auf jene Kreise im Land einzurufen wollen, die da meinen, bis auf das letzte Litzelchen an den Kommissionsbeschlüssen festhalten zu müssen.

Herr v. Kroschke erklärt namens der nationalliberalen Fraktion, daß dieselbe gegen die sozialdemokratischen Anträge stimmen werde, wenn auch einzelne derselben sympathisch berühren.

Herr v. Kroschke (Dem.) verliest folgende Erklärung: Wir stimmen den sozialdemokratischen Anträgen zu den Paragraphen 14, 22 und 23 prinzipiell zu und werden bei gegebener Gelegenheit für die Durchführung der darin enthaltenen Forderungen eintreten. Da aber in diesem Augenblick keine Annahme die in den Kommissionsbeschlüssen zum Ausdruck gekommenen Einzelheiten sämtlicher Parteien fördern, damit die Stellung des Hauses gegenüber der Regierung schwächen und das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes gefährden würde, werden wir heute nicht dafür stimmen, sondern uns der Stimme enthalten, ebenso wie wir auch andere Wünsche in betreff der Ausgestaltung unserer Volksschulgesetz an derselben Erörterung heraus zurückgekehrt haben. Die übrigen Anträge lehnen wir ab.

Im Hinblick auf die Geschäftsliste dürfte er sich wohl einer weitgehenden Begründung enthalten, wie er auch aus dem gleichen Grunde auf die einzelnen Ausführungen des Berichterstatters im Schlußwort heute nicht eingehen wollte.

Staatsminister v. Dusch plant gleichfalls die Erklärung abzugeben zu sollen, daß die Anträge für die Regierung unannehmbar seien. Auch die Frage des Religionsunterrichts wolle er nicht berühren; er könne sich nur dem anschließen, was hier von den Abgeordneten und Rednern ausgeführt worden sei. Die Regierung würde es mit der Sozialdemokratie auch für sehr wünschenswert erachten, wenn die Schülervzahl herabgesetzt werden könnte. Doch bei einer praktischen Politik müsse man sich doch die Frage der Durchführbarkeit vorlegen und dieselbe sei zu verneinen.

Die einzelnen Paragraphen werden nach den Kommissionsbeschlüssen unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge und nach kurzen Bemerkungen einzelner Abgeordneter angenommen.

Es wird sodann das ganze Gesetz einstimmig angenommen und die Petitionen durch das Gesetz für erledigt erklärt. Der Antrag des Herrn v. Kroschke, die Stellung und Vorbildung der Lehrerinnen betreffend, wird der Regierung empfehlend überwiesen, nachdem derselbe vom Herrn v. Kroschke begründet worden ist. Derselbe bezieht sich auf die Erziehung von Lehrerinnen in Seminaren. Der Antrag ist noch unterzeichnet von den Herrn v. Kroschke und v. Kroschke.

Herr v. Kroschke (Soz.) ist materiell mit dem Vordrucker einverstanden, doch bitte er, die Petitionen nach den Anträgen der Kommissionen zu erledigen, da auf die verbleibenden Petitionen in der Kommission nicht näher eingegangen worden sei.

Herr v. Kroschke begründet nochmals den Antrag auf entsprechende Ueberweisung, unter Betonung der Tatsache, daß seine Partei mit der kurzfristigen Behandlung der Petitionen nicht einverstanden sei.

Nach kurzen Bemerkungen der Herrn v. Kroschke und v. Kroschke wird der Antrag abgelehnt mit 31 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Schluß der Sitzung 12 Uhr. Nächste Sitzung Montag 4 1/2 Uhr. Tagesordnung: Finanzbudget (Domäne). Eingegangen sind Gesetzentwürfe die Vergrößerung des, und die Erbauung einer Bahn von Rastatt nach Schwarzach.

1. Kammer. — 11. Sitzung.

Karlsruhe, 5. Mai.

Präsident Prinz Karl eröffnet 10 Uhr 10 Minuten die Sitzung.

Am Regierungstisch Minister des Innern Dr. Schenkel und Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über das Budget des

Ministeriums des Innern.

Landgerichtsrat Dörner schließt sich den gestern geäußerten Wünschen auf Besserstellung der Amtsrichter und Verstaatlichung der Fabrikversicherer an. Weiterhin spricht Redner zum Enteignungsrecht, in welches die früher nicht gekannte Bestimmung eingefügt worden ist, nach welcher die Feststellung der Entschädigung nicht mehr durch die Gerichte, sondern in erster Reihe durch die Verwaltungsbehörde durch den Landeskommissar zu geschehen hat. Es wäre wünschenswert zu erfahren, ob sich diese Bestimmung bewährt hat. Redner fragt sodann an, welche Bestimmungen bei uns getroffen sind, um ähnliche Katastrophen wie in Ragatz zu verhindern? Im Gegenlag zur Ausgestaltung des Privatrechts ist das öffentliche Recht noch in keiner Weise ausgestaltet und sorgfältig worden; hier wäre eine banbare Aufgabe für einen Staatsrechtslehrer gegeben. Der Minister des Innern wäre wie kein anderer berufen, sich dieser Aufgabe zu unterziehen.

Präsident Dörner beklagt die Tatsache, daß sich das junge Volk noch nicht als recht geegenschafter erwiesen hat, das Recht der Freiheit würdig zu erweisen. Es können immer wieder Klagen über erste Ausschreitungen, immer wieder Klagen über die vielen Vereinskasse und Kirchweihen, bei denen sich solche Ausschreitungen ereignen. Ich begreife es, daß in der Beschränkung der Kirchweihen ein hoch folcher Ausschreitungen beschränkt worden ist, gegen Ausschreitungen sollen die Behörden mit aller Strenge vorgehen. Die Kirche will die Freude der Jugend nicht in towerlicher Weise beschränken, aber die Freude soll sich in den Schranken der Sittlichkeit und Religiosität halten.

Bürgermeister v. Kroschke kommt nochmals auf die Aenderung der Gemeindeordnung zu sprechen. Das historische Wesen derselben wolle er durch eine Gesamtrevision nicht vermissen lassen. Zur Frage der Feuerwehrenterhebung gibt Redner seiner Freude Ausdruck, daß die Unterstützung aus der Landesfeuerwehrkasse nicht den Charakter eines Almosen tragen solle; man sollte dann aber die Bezeichnung „Unterstützung“ fallen lassen und dafür die Bezeichnung „Entschädigung“ setzen. Redner empfiehlt nochmals eine staatliche Fabrikversicherer.

Herr v. Kroschke: Die Budgetkommission sei völlig einig gewesen in der Beurteilung der Wichtigkeit und des Umfanges der Tätigkeit der Amtsrichter. Allein der Vorschlag auf eine Besserstellung der Amtsrichter wurde nicht in den Bericht aufgenommen, weil man von der Erhöhung ausging, daß alsdann auch bei anderen Spezialbudgets die Frage aufgeworfen werden müßte, ob hier nicht auch besondere Beamtenkategorien der Verbesserung bedürftig seien; das sei nicht anständig schon mit Rücksicht auf die Revision des Gehaltsstabs.

Agellens Dr. v. Kroschke wendet sich gegen die Verstaatlichungspolitik, die betrieben worden unter dem Vorwande des „sozialen Empfindens“. Das Schlagwort vom „sozialen Empfinden“ sei oft nur ein Deckmantel für egoistische Zwecke. Er sei kein Freund des leiseren, leiserer, aber er sei auch kein Freund

der Vielregiererei, der Staatsdominanz. Das soziale Empfinden nimmt allmählich einen sozialistischen Geistescharakter an.

Minister Dr. Schenkel: Herr Präsident Dr. Dörner hat hier eine Frage von großer Wichtigkeit angeregt; er hat gefunden, daß die breite Grundlage unserer öffentlichen Rechte fehlt. Wir sind, was die Ausgestaltung und wissenschaftliche Bearbeitung des öffentlichen Rechts betrifft, sehr zurück hinter dem allgemeinen Recht. Allein es geht auch bei uns im öffentlichen Recht vorwärts; früher ist das öffentliche und vor allem das Verwaltungsrecht ganz zurückgefallen. Seit 40 Jahren hat es an tüchtiger Arbeit im Verwaltungsrecht nicht gefehlt. Auf die Entwicklung unseres öffentlichen Rechts hat günstig eingewirkt das Verwaltungsgerichtswesen, mit dem wir in Baden vorangegangen sind. Mit einer gewissen Befriedigung können wir feststellen, daß die literarische Behandlung des öffentlichen Rechts und vor allem des Reichsrechts fortgeschritten ist. Wir selbst sind sehr damit einverstanden, daß hier noch mehr gesehen muß; vor allem halte ich für wertvoll, daß die jüngeren Verwaltungsbeamten in den Gebieten des öffentlichen Rechts und der Volkswirtschaft sich noch fortbilden. Ich hätte gern für diese Fortbildung unserer Referendare schon im vorliegenden Budget eine entsprechende Position eingeseht. Die Erfahrungen mit den Bestimmungen des Entwurfs sind sehr günstig, daß man die Bestimmungen als zweckentsprechend ansehen darf. Mit einer Statistik kann noch nicht gehandelt werden, um die Anfragen des Präsidenten Dörner in vollem Umfang zu beantworten; doch wird eine solche Statistik aufgemacht werden, um zu erweisen, wie viele Entscheidungen im Vorverfahren unter Vorsitz des Landeskommissars getroffen werden. Auch unter dem neuen Beleihungsgesetz können die Kreise noch ungehörlich in die Höhe getrieben werden; dies zu ändern wird Aufgabe einer Aenderung des Gesetzes sein; ein Entwurf kann diesem Landtag allerdings nicht mehr unterbreitet werden. Herr Dr. Dörner hat auch angefragt, welche Vorschriften gegeben sind, um ähnliche Katastrophen wie in Ragold zu vermeiden. Vor zwei Jahren habe derselbe Rüdiger, der das Kunststück in Ragold fertig brachte, im Wäldchen bei Baden ein Grundstück gehoben. Damals habe derselbe Rüdiger es auch als Ehrenfache bezeichnet, daß die Bewohner des Hauses in diesem während der Hebung verblieben. Die Baupolizei gestattete dies aber nicht; und auch hier stürzte das Haus wie in Ragold bei der Hebung zusammen. Leute befanden sich allerdings in dem Richtigen Hause nicht. Es ist aber trotzdem zu erwägen, ob nicht besondere Vorschriften in die Landesbauordnung aufgenommen werden sollen. Dem, was der Herr Prälat Oehler ausführt, kann ich mich nur anschließen. Die vielen Klagen über die heutige Jugend sind zurückzuführen auf die sozialen und Erwerbsverhältnisse unserer Zeit. Was aber der Staat tun kann, um einer Vererbung der Jugend entgegenzuwirken, wird der Staat zu tun nicht unterlassen. Es ist versucht worden, daß in jedem Bezirk Kirchweihen nur an zwei, ausnahmsweise an drei Sonntagen stattfinden dürfen.

Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen. In der Spezialkommission wünscht zu Titel 8 (Verwaltungsgerichtshof) das Wort Präsident Sewald, welcher konstatiert, daß es einer literarischen Behandlung des öffentlichen Rechts nicht fehle; im Gegenteil sei heute schon die Literatur fast unübersehbar. Redner spricht alsdann über die Vorentscheidungen beim Verwaltungsgerichtshof in Strafuntersuchungen gegen Beamte.

Zu Post 9 (Bezirksverwaltung und Polizei) bittet Oberbürgermeister Winterer die Regierung, den Städten die Ortspolizei wieder zurückzugeben. Es sei eine eigenartige Erscheinung, daß die Ortspolizei der Bezirksverwaltung unterstellt sei. Die Ortspolizei sei seines Wissens 1849 den Städten aus politischen Gründen entzogen, seit der Zeit ihnen aber nicht wieder zurückgegeben worden. Das eigentliche Interesse an der Ortspolizei habe doch die Gemeinde und nicht der Staat. Die Städte sind ein Kumpf ohne Arme auf dem Rathaus; wenn wir der Polizei bedürfen, müssen wir erst lange verhandeln. Zur Durchführung unserer kommunalen Aufgaben brauchen wir eigene Exekutivbeamte. Was die Kostenfrage für die Städte anlangt, so könnten die Kosten mit der Zeit überwältigt werden, indem Uebergangsbestimmungen geschaffen werden. Auch der Einwand, daß die Polizeidirektoren zu sehr der öffentlichen Meinung preisgegeben seien, ist nicht stichhaltig; kleinliche Krähwinkelgründe werden im Bürgerauschuß nicht durchschlagend sein. Wir stehen nicht mehr in den Kleinstadtschuhem wie vor 40 Jahren.

Minister Schenkel erwidert, die vom Vorredner angeregte Frage sei wohl von diesem zu tragisch und ernst genommen worden. Das Haupt der Ortspolizei ist ein staatlicher Beamter, ebenso wie die Polizeisten; im übrigen unterstehe auch heute noch die Polizei den Städten. Die Frage, die Staatspolizei in eine Gemeindepolizei zu verwandeln, ist bisher vom Städtebund noch nie angeregt worden. Es ist nicht ganz richtig, wenn gesagt werde, daß den Gemeinden etwas genommen werde, wenn die Polizei der Bezirksverwaltung angegliedert wird. Es ist ganz naturgemäß, daß der Staat ein großes Interesse daran hat, daß in den großen Städten die Polizeigewalt unter Staatsgewalt steht. Die Anstellung des Personals durch den Staat ist recht zweckmäßig; es ist der Vorteil einer scharfen, fast militärischen Disziplin. Wenn die Polizei in Städten mit parteimäßiger Zusammenfassung der Bürgervertretung den Städten unterstellt, so ist nicht immer die Garantie geboten, welche geboten ist bei einer dem Staate unterstehenden Polizei. Zumal ist das in haupolizeilicher Beziehung der Fall; macht sich doch in manchen Städten eine Gegenströmung gegen die Bauordnung geltend, die sie als ein Danaergeschenk bezeichnen. Die Kosten für eigene Polizei würden die Städte mit vielen Hunderttausenden belasten. Die Zahl der Meinungsverschiedenheiten, die entstanden sind durch die Doppelorganisation der Polizei, sind nicht so bebauend; solche Meinungsverschiedenheiten ergeben sich auch auf allen anderen Gebieten. Dieser Mißstand ist nicht so groß, daß wir eine alte bewährte Einrichtung abschaffen sollte. So ganz aber würde sich der Staat doch nicht seines Einflusses auf die Ortspolizei begeben. Wir wollen die Dinge nach wie vor, sowie sie jetzt sind, belassen. Quies non movens.

Brig. Löwenstein spricht zur Milchversorgung der Städte und Kindersterblichkeit infolge ungenügender Milch. Redner wünscht eine scharfe Stallkontrolle und Errichtung von Milchzentralen und Kontrollstationen in den Städten. Die Kosten könnten hier keine entscheidende Rolle spielen: Eine strenge Kontrolle sollte auch dem Milchhändler gegenüber ausgeübt werden. Milchpantser sollten nicht nur mit Geld, sondern auch mit Gefängnis bestraft werden. Die Milch sei durch die vielen Pantserien diskreditiert worden.

Vizepräsident Dr. Wörlein übernimmt den Vorsitz.

Geb. Ober-Reg.-Rat Glöckner: Die Milchverorgungsfrage sei schon seit längerer Zeit Gegenstand ernster Erwägungen bei der Regierung. Schuld an der großen Säuglingssterblichkeit sei die Tatsache, daß viele Mütter ihre Kinder nicht selbst stillen wollen. Versuche mit einer Milchliche werden im Luisenpark in Heidelberg gegenwärtig gemacht. Wenn die Milchverorgungsbedingungen noch nicht den Erfolg hatten, der wünschenswert ist, so ist das auf die Schwierigkeit der Durchführung dieser Vorarbeiten zurückzuführen. In der Verordnung ist auch vorgegeben, daß weitergehende Bestimmungen hinsichtlich der Kur- und Kindermilch durch ortspolizeiliche Vorschriften erlassen werden können.

Die angeregte Zentralstelle für Milchversorgung wird wohl Sache der Gemeinden sein. Für eine genügende Kontrolle der Milchhändler wird schon heute alles Mögliche getan und nichts verabsäumt. Auch heute werden bereits Gefängnisstrafen gegen Milchfälscher ausgesprochen.

Graf von Helldorf empfiehlt eine weitergehende Unterstützung der Fischerei.

Zu Titel X (allgemeine Sicherheitspolizei) empfiehlt Freiherr von Laroche-Starckenfels die Bewaffnung der Gendarmen statt mit Karabinern mit Revolvern. Das Tragen von Helmen sollte der Mannschaft ganz erlassen bleiben. Bei Streifen sollten neben der uniformierten Mannschaft auch Gendarme in Zivilkleidern zugelassen werden. Auch sollte die Verwendung von Fahrrädern noch mehr als bisher gefördert werden.

Ministerialrat Rieker: Der Revolver sei jetzt schon im Gebrauch und zwar von allen radsahrenden Gendarmen. Im übrigen sagt die Regierung Prüfung der vorgebrachten Wünsche zu. Gendarmen, welche eigene Fahrräder erwerben, werden Beihilfe gewährt.

Hierauf wird die Spezialkommission geschlossen. Das Schlusswort hat alsdann

Oberbürgermeister Hed: Ich freue mich, daß auch die Regierung jetzt zur Einsicht gelangt ist, daß das Expropriationsgesetz einer dringenden Aenderung bedarf. Was die englische Arbeitszeit anbelangt, so bin ich ein begeisterter Anhänger derselben, leider bisher nur in der Theorie. In Mannheim hat sich selber gezeigt, daß die englische Arbeitszeit nicht durchführbar ist. Es ist ganz unmöglich, in allen Betrieben zur gleichen Zeit die Arbeit einzustellen. Auch wurde uns überzeugend nachgerechnet, daß mit der englischen Arbeitszeit die Unterhaltskosten nur erhöht würden. Auch in weiten Kreisen Englands besteht dieselbe Arbeitszeit wie bei uns. Sehr zu begrüßen sind die angeregten Fortbildungskurse für unsere jungen Verwaltungsbeamten. Ich hoffe, daß noch in diesem Monat dem Landtag der Ortsvertragsentwurf zugehen wird. Das Gefühl, daß sich die Städte hinsichtlich der Polizei als Kumpf ohne Arme vorkommen, ist in allen Städten vorhanden. Dem Staate erhalten wir eine Reihe von Aufträgen, zu denen wir keine geeignete Beamten zur Verfügung haben, zu denen sich aber die Schutzmansschaft ganz vorzüglich eignen würde. Die Einwirkungsgewalt der Städte auf die Polizei ist eine ganz beschränkte. Nicht recht zufrieden bin ich mit den Versicherungen des Ministers gewesen über die Viegenhoffversicherungen. Was die Fabrikunfallversicherung betrifft, so ist es recht dankenswert, daß der Minister Erhebungen anstellen lassen will. Es ist ein besonderes Verdienst vom Kollegen Winterer auf diese Frage eingegangen zu sein; ich kann nur sagen, niemals wird diese Frage mehr ruhen. In eingehenden Darlegungen entkräftet Redner die Einwände gegen die staatliche Fabrikunfallversicherung. Die Entschädigungsfrage könne hier keinesfalls in Frage kommen. Es ist volkswirtschaftlich ganz unverständlich, daß wir ungeheure Summen aus den Taschen mündelbemittelter Leute aufwenden für Gewinne von Privatgesellschaften, die schließlich doch bei Katastrophen zusammenbrechen. Die Ausführungen des Bringen Löwenstein zur Milchversorgung begrüße ich außerordentlich. Die Polizei tut hier ihre volle Schuldigkeit. Wenn die Kindersterblichkeitsquote so hoch ist, so ist die Quote deswegen so hoch, weil wir in Deutschland die größte Geburtenzahl haben. Eine Aenderung der Milchversorgung ist geboten, die aber nur geschehen kann durch Milchzentralen im Wege landwirtschaftlicher Genossenschaften. Bezüglich der Säuglingsmilch bestehen auch noch unter den Ärzten die größten Meinungsverschiedenheiten.

Nach kurzen Gegenbemerkungen des Ministers Schenkel wird die Debatte geschlossen.

Schluss der Sitzung: 12 Uhr.

Badische Politik.

Oh. Karlstraße, 4. Mai. (Von unserem Karlsruher Bureau.) Wenn wir gestern die Befürchtung ausprochen, der Abg. Fehrenbach möchte mit seiner hochgepreisen „Weisheit der Beschränkung aller gesetzgebenden Faktoren“ einen Umfall der Zentrumsfraktion in der Schulfrage vorbereiten, so wurde durch die heutige Rede des Zentrumschefs unsere Befürchtung nur bestätigt. Abg. Fehrenbach gab der Regierung deutlich zu erkennen, daß wenn sie an dem Regierungsentwurf festhalte, das Zentrum zum Nachgeben bereit sei. Ob die Regierung mit Erfolg ihre Position verteidigen und halten kann, ist eine Frage, deren Beantwortung bei den Nationalliberalen als der zweitstärksten Partei liegt. Es ist anerkennend hervorzuheben, daß auch heute der nationalliberale Fraktionschef Abg. Dr. Binz, namens der ganzen Fraktion die Erklärung abgab, von den Kommissionsbeschlüssen in ihren Hauptpunkten nicht abgehen zu können, und der Regierung anempfohl, sich ihrerseits den Kommissionsbeschlüssen zu nähern. Für die Kommissionsbeschlüsse erklärte sich der Abg. Schmitt-Breiten (B. d. L.), wie der Hauptlehrer Wiedemann (Ztr.), der hier freilich nicht ganz konform mit seinem Fraktionschef ping. Seitens der Demokraten vertrat die Kommissionsbeschlüsse der Abg. Heimburger, der mit Recht den Hinweis auf die Schule als eine Gemeindegewalt als ein Schlagwort entkräftete. Als Vertreter der Regierung antwortete Oberkulturrat Wegoldt, der selbst als Abgeordneter der nat.-lib. Partei den Kommissionsbeschlüssen beistimmt. Die Generaldebatte über das Volksschulgesetz ist abgeschlossen, morgen folgt die Spezialdebatte, dann geht das Gesetz an die erste Kammer. Welches das Schicksal der Schulvorlage ist, läßt sich heute mit Sicherheit nicht voraussagen. Zu Beginn der heutigen Schuldebatte in der zweiten Kammer hatte der Revisionist Kolb das Wort, der eine in vieler Beziehung bemerkenswerte Rede hielt, wiewohl wir uns keineswegs mit den Ausführungen insgesamt einverstanden erklären können. Dem Ruf Kolbs, die Volksschule endlich einmal aus ihrer Aschenbedeckung zu befreien, stimmen wir von Herzen bei.

Karlstraße, 5. Mai. (Von unserem Karlsruher Bureau.) Im Januar war der Abg. Binz infolge seiner Wahl zum Chef der nationalliberalen Landtagsfraktion von der Leitung der Karlsruher Nationalliberalen Vereins zurückgetreten. Rumreißer ist zum Vorsitzenden dieses Vereins Abg. Reimann gewählt worden.

Volkswirtschaftliche Kreditgenossenschaften. Samstag, 12. Mai, vorm. 10 Uhr findet in der hiesigen Festhalle die Generalversammlung des Verbandes der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften Baden statt.

Oberbürgermeister Winterer-Freiburg muß sich am 31. Mai d. J. einer Reuwahl unterziehen, da seine Dienstzeit als Oberbürgermeister der Stadt Freiburg abgelaufen ist.

Karlstraße, 4. Mai. (Von unserem Karlsruher Bureau.) Bei der heutigen Beratung des Budgets des Ministers des Innern in der 1. Kammer kam Erzzeileins Dr. Barklin auch auf die Weinfrage zu sprechen, zu der er ausführte:

Der Weinbau hat zwei Gruppen von Feinden, die eine befindet sich unter den Tieren, die andere unter den Menschen. Der Hauptfeind unter den Tieren ist die Reblaus. Kein Mensch hat ihnen können, als die Reblaus vor 40 Jahren das erste Mal erschien, daß sie solche Verwüstungen hervorrufen könnte wie heute. Das Reblausgeschick ist als Damm gegen das schädliche Insekt ausgerichtet worden. Der Hauptgrundlag desselben ist das in diesem Gesetze vorgeschlagene Ausrottungsverfahren. Dieses Ausrottungsverfahren ist in Elsch-Lothringen auf das schärfste bekämpft worden; ich möchte die Regierung bitten, auf dem jetzigen Ausrottungsverfahren beharren zu wollen. Das Verfahren hat sich vorzüglich bewährt. Das Bestreben statt des Ausrottungsverfahrens die Bepflanzung der Weinberge mit amerikanischen Reben vorzunehmen, ist in seinem Erfolge sehr zweifelhaft. Die Gelechtsen sind sich darüber gar nicht einig, ob nicht dafür, daß der Reblaus eine widerstandsfähigere Wurzel entgegengesetzt wird, andere Krankheiten mit den amerikanischen Reben eingeführt werden, wie s. B. Peronospora etc. Der andere Feind der Rebe befindet sich unter den Menschen. Vom Temperenzler will ich hier nicht sprechen, aber vom Weinpantser. Das ist auch eine ganz gefährliche Einrichtung, und ich freue mich, meine völlige Uebereinstimmung anzusprechen zu können mit den Ausführungen des Herrn Ministers in dieser Frage im anderen hohen Hause. Die Hauptforderung ist hier wohl eine einheitliche Kellertkontrolle im ganzen Deutschen Reich; die Möglichkeit einer solchen Einführung liegt ja heute schon vor: sie ist im Weingesetz vorgeschrieben, aber die Bundesstaaten sind nicht gleichmäßig vorgegangen. So dankenswert es ist, daß Bayern und Baden eine strenge Kontrolle im Hauptamt eingeführt haben, so wenig ist damit geholfen, wenn diese Einrichtung nicht in ganz Deutschland durchgeführt wird. Wir haben gesehen, daß aufgrund des bestehenden Weingesetzes gerade in letzter Zeit eine Reihe von Prozessen stattfanden, in denen Fälscher erlort und zur Bestrafung gebracht wurden. Die Folge aber war, daß in anderen Gegenden, wo keine Kellertkontrolle im Hauptamt stattfand, gefogt wurde: „Hier wird gefälscht, bei uns aber nicht!“ Das Publikum, welches gewöhnlich sehr gedankelos urteilt, fällt darauf herein, und die nächste Folge ist, daß in den Ländern, in denen eine strenge Kontrolle stattfand, eine Schädigung des Weinbause und Weinhandels eintritt. Die Prozesse gegen Weinlächer bewirken nur, daß diese sich in andere Länder ohne strenge Kontrolle zurückziehen und in Gegenden, wo überhaupt kein Wein wächst. Es ist notwendig, daß dort eine strenge Kontrolle eintritt. Geradezu lächerlich ist es, daß in Berlin vier Apotheker im Nebenamt tätig sind, um die Weinkontrolle durchzuführen. Das ist doch ein wahrer Kumpf, auf das Gesetz. Ich möchte die Regierung bitten, die für unseren Winterstand so hochwichtige Frage im Auge zu behalten und darauf hinzuwirken, daß zunächst eine scharfe Kontrolle überall gleichmäßig zur Anwendung kommt und dann das Gesetz, entsprechend den gemachten Erfahrungen, abgeändert wird.

Minister des Innern, Dr. Schenkel erwiderte kurz, daß die badische Regierung auf der Ausrottung der mit Reblaus befallenen Weinstöcke beharren werde. Zurzeit schwebten im Bundesrat Verhandlungen darüber, ob den in dieser Frage von Elsch-Lothringen ausgehenden abweichenden Anträgen stattgegeben werden solle. Bezüglich der Weinkontrolle könne er (der Minister) nur den Ausführungen des Geh. Rat Barklin zustimmen.

* St. Blasien, 3. Mai. Am 1., 2. und 3. Mai fanden hier die Bürgerauswahlgewahlen statt. In der ersten und zweiten Klasse wurden die liberalen Kandidaten, in der dritten Klasse die Zentrumskandidaten gewählt.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 5. Mai.

Sommerfahrordnung.

Als am Dienstag Abend das zahlreiche Mannpublikum in atemloser Spannung den Endlauf „Lionians“ mit „Wir auch mal“ verfolgte, rollte oben der D-Bug 88 über die Redarbrücke und jagte dem Mannheimer Bahnhofs zu. Auf der Redarbrücke siegte Lionian, auf dem Gebiete des Mannheimer Eisenbahnhofs behauptete das Einlaufen des Bug 88 in Mannheim einen Sieg von „Wir auch mal“. ... Der 1. Mai 1906 muß registriert werden, da zum ersten Mal auf der kürzesten Linie Frankfurt-Lampertheim-Mannheim-Schwetzingen-Karlsruhe ein Schnellzugpaar verkehrt. „Wir auch mal“ jammern die Mannheimer seit langen Jahren. „Wir auch mal“ lächeln sie, als der am 29. Januar erschienene badische Sommerfahrplan-Entwurf die neuen Bug 43/44 und 85/86 über Heidelberg aufwies und Mannheim die guten direkten Verbindungen Dresden-Berlin und Hamburg-Basel-Genf etc. genommnen waren. — Aber schon der erste Entwurf der Braunschweigischen Bahn zeigte, daß uns wenigstens die Bug 85/86 erhalten bleiben und ihre Fortsetzung nach Karlsruhe-Basel von Mannheim aus finden mit direkten Wogen Altona-Basel. — Wir fangen daher an zu hoffen und sagen: Wir auch mal 43/44, mir auch mal D 1/2!

Vorläufig sind wir noch weit entfernt davon, über die Verbesserungen der „Fahrordnung“ jubeln zu können.

Bug 85/86, die von uns ja hauptsächlich ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen gewürdigt werden und nach und nach von Basel eine Verkürzung der Fahrzeit bringen, dabei die direkten Wogen ab Mannheim 6.50 statt 6.23, von Basel an 12.18 statt 12.53 belassen, ist noch zu erwähen:

Bug 92 früher 2.10, jetzt 1.58 hier abfahrend, kommt schon 5.55 nach Basel und erreicht so den Anschluß nach Zürich-Chur und Luzern und Bern.

Am 15. Juni verkehren die Bug 185/186 wieder wie letztes Jahr, nur über Lampertheim statt über Friedrichsfeld. Mannheim ab 2.30, Konstanz an 2.55, ab 12.45, Friedberg an 8.05. Ferner erhalten wir eine neue Schnellzugverbindung nach dem Schwarzwald, der Schweiz und Tirol durch den Bug 106. Mannheim ab morgens 8 Uhr, Konstanz an 8.14, in Chur 11.42, in St. Moritz 4.16, in Innsbruck 8.20, in Vogen 7.08. Die gleichen Verbindungen hatten wir schon über Friedrichshafen, diese bleiben auch bestehen und zwar ab 1. Mai. Die Abfahrtszeit ist für Mannheim nicht bequem, der Bug dürfte aber wegen der direkten Wogen und gute Anschlüsse viele Freunde finden. — Der gleiche Bug hat auch Anschluß nach Paris, an 1.26 und mit dem Orient-Express ab Ulm (vert. 7.22-8.23 Aufenthalt) nach München, an 10.16.

Der Anschluß an D 2 fehlt leider noch immer, wir müssen immer noch 8.20 nach Heidelberg fahren und dort in den D-Bug, der meist überfüllt von Frankfurt kommend, umsteigen. Wir hoffen zwarwärtlich, daß darin Wandel geschaffen und ein Zug etwa 8.50 nach Karlsruhe via Rheinbahn angelegt wird, der gleichzeitig den Anschluß nach Stuttgart-München in Graben vermittelt. Denn der D-Zug-Juchol und der 28 Min. Aufenthalt in Bruchsal bilden einen fortwährenden Verger-Anschluß für alle, welche gezwungen sind mit diesem Zuge nach Karlsruhe-Basel oder Stuttgart-München zu reisen.

Auch der Gegenzug von München ab 12.55, der mit schöner Schnelligkeit nach Bruchsal fährt in ca. 5 Stunden, braucht von Bruchsal nach Mannheim 1 Stunde 26 Minuten für 52, resp. 50 Kilometer!

Von sonstigen Aenderungen ist noch erwähnenswert: vom 11. Juni an ab Konstanz 4.44, Mannheim an 10.42.

Das ab 1.58 nach, bei in der Richtung nach Heidelberg...

Auf einen weiteren Tag nach Mannheim hier ab 9.40 über Heilbronn...

Vom 15. Juni ab über Karlsruhe, Mannheim ab 9.30, Stuttgart an 12.30.

Wesentlich ist, daß die meisten direkten Wagen nach Mannheim und weiter, statt über hier, auf der Linie...

Während die Abendverbindung von Mainz (Main) hierher etwas besser geworden ist, Mainz ab 10.15 Mannheim an 11.30...

Auch auf die fehlende Abendverbindung Frankfurt und Mainz-Mannheim...

Verkehrsverein Mannheim.

Naimarkt-Preisverteilung. Weingewermeister Schott kaufte von den prämierten Lieren folgende: einen Mastochsen im Gewicht...

Zusammenkunft für evangelische Mädchen. Die evangelisch-protestantische Vereinigung eröffnet morgen Sonntag (8. Mai)...

Die Apfelbäume am Weinbaum sind in voller Blüte. Man versumme daher nicht, sich einen Spaziergang auf den Damm...

Reisevorfälle im Stadttheater. Eine Pöle erschlagener Darstellungen vereinigen sich im Hauptprogramm des Stadttheaters...

Saubere Mannheimer. Die Ringkampfkongkurrenz um den großen Preis von Mannheim fesselt das Interesse aller...

Der Stadtrat hielt heute vormittag eine außerordentliche Sitzung ab. Veranlassung zur Annahme dieser Sitzung gab der Antrag...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Vom Theater. Unsere Koloraturfängerin Fräulein Gabriele Müller hat in diesen Tagen am Kaiser Stadttheater...

Welle die erste Arbeitstochter im „Reinhold“ besungen, und sehr gefallen. Die „Reinhold Zeitung“ rühmt vor allem den schönen...

Hr. Rudolf Schillbrand vom Deutschen Theater in Berlin hat, wie uns ein Privattelegramm unseres Berliner Bureaus meldet, seinen Proseß vom Hamburger Schauspielhaus gewonnen.

Sport.

D. Sp. Mannheimer Pferdereiheren. Morgen gelangt der Preis der Stadt Mannheim, ein Herrenreiten über 4700 Meter, das mit drei Ehrenpreisen und 15000 Mk. ausgestattet ist...

Für den Mannheimer Schlusstag stehen seitens der noch interessierten Ställe nach dem D. Sport nachstehende Dispositionen fest: Der Werner Stoll fahrt im Preis der Stadt Mannheim außer Eisenbrout unter Herrn M. Lücke...

Die Apfelbäume am Weinbaum sind in voller Blüte. Man versumme daher nicht, sich einen Spaziergang auf den Damm zu machen, um die Blüme in ihrem herrlichen Frühlingsschmuck zu sehen.

Reisevorfälle im Stadttheater. Eine Pöle erschlagener Darstellungen vereinigen sich im Hauptprogramm des Stadttheaters zu einem glänzenden Ganzen. Jeder Akt sei er atombalisch, humoristisch oder episch...

Zur Stichwahl in Darmstadt-Groß-Geran.

Wie bereits in der heutigen Mittagsnummer mitgeteilt, ist die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Darmstadt-Groß-Geran zugunsten der Sozialdemokr. Kandidaten verfallen...

Dieses Verlangen nach einer liberalen Verständigung wird sicherlich weitere Fortschritte machen und diejenigen sogenannten liberalen Führer, welche sich heute gegen diese Verständigung...

Entgegen unserer Annahme, daß ein großer Teil der linksliberalen Wähler für den nationalliberalen Dr. Stein gestimmt hat, meldet die „Vormser Zeitung“, daß der Stimmenzuwachs...

waren. Mit Recht weist die „Vormser Zeitung“ ferner darauf hin, daß einer der wichtigsten Momente des Wahlkampfes darin liegt...

Arbeiterbewegungen.

Waldau, 4. Mai. Der Zustand des Personals der Reichsgarne Generale hat sich auf alle Hafenplätze der Gesellschaft ausgedehnt. Von Genua ist heute kein Dampfer der Navigation abgegangen...

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Reudensheim, 4. Mai. Bei den heutigen Bürgerauswahlwahlen für die Klasse der Mittelbauern (Klasse mit 5) Stimmen...

Wiesbaden, 6. Mai. Der König von Schweden ist heute Vormittag von Paris zu längerem Kurzaufenthalt hier eingetroffen.

Halle a. Saale, 6. Mai. Der bei der gestrigen Dynamitexplosion in Jappendorf (nicht: Pfaffenort) erschütterte Bergbau...

Paris, 5. Mai. Im heutigen Ministerrat teilte der Minister des Innern Bourgeois mit, daß ihm der deutsche Botschafter...

Neu-York, 6. Mai. In der letzten Nacht erfolgte die Kollision eines Holzganges und des Chicagoer Bligganges auf der Pennsylvaniaabahn...

Petersburg, 5. Mai. Der „Regierungsbote“ meldet die auf sein Ansuchen erfolgte Enthebung des Grafen Witte...

Petersburg, 5. Mai. (Petersb. Ag.) Der Zar richtete an den Grafen Witte folgendes Reskript: „Ihre durch übermäßige Anstrengungen geschwächte Gesundheit veranlaßt Sie, um Enthebung vom Posten des Präsidenten des Ministerrates nachzusuchen...“

Petersburg, 5. Mai. Anlässlich der Eröffnung der Duma und des Reichstages findet im Winterpalais in Gegenwart des Kaisers ein feierliches Akt statt...

Petersburg, 5. Mai. Wie die „Romoje Wremja“ meldet, verbrachte Ministerpräsident Gorewytin fast den ganzen gestrigen Tag in Zarstoffs-Stiefeln...

Niem, 5. Mai. Der Generalgouverneur Segnabigle drei zum Tode verurteilte Gapeuze zu Zwangsarbeit.

Deutscher Reichstag.

Am Bundestagliche Freiherr v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Bigarettensteuer.

Paragr. 2, der festsetzt, die Steuer als Bändersteuer zu erheben, wird unter Ablehnung des zu dem Paragrafen vorgeschlagenen Zusatzantrages des Grafen Mielczynski angenommen. Debatte wird Paragr. 3 (Veränderung der Steuer) angenommen.

Auszug aus dem Standesamts-Register für die Stadt Mannheim

April Verlobte: 25. Eisenbrecher Fridol. Baier und Magdal. Rathgeber. 25. Tagl. Wilh. Wöhrbach und Anna Blöchingen. 25. Rechtsanwalt Dr. Heint. Bernheim und Flora Kauffmann. 25. Schlosser Emil Trubold und Anna Breunig. 25. Kanalarb. Jos. Heilmann und Marg. Weigler. 25. Sattler u. Tapezier Karl Stord und Roth. Lieb. 25. Rfm. Carl Schmid und Juliana Berle. 25. Tagl. Carl Appich und Anna Schneider. 26. Margaz.-Arb. Eugen Schmann und Sus. Glay. 26. Zimmerm. Friedr. Ernst und Magdal. Pflüger. 26. Arbeiter Alois Ködel und Emma Fuhrmann. 26. Linder Wilh. Hoffmann und Elisabeth. Rudolf. 26. Bankbeamter Adam Schmitt und Luise Brehm. 26. Uhrmacher Hermann Schäler und Katharina Brennsled. 26. Postbote Ludw. Roth und Marie Kunz. 27. Tagl. Wilhelm Stumpf und Rosa Westermann. 27. Eisenbrecher Carl Haberdiel und Maria Buz. 28. Maschinist Konrad Haberstroh und Barb. Hertlein. 28. Rfm. Artur Weil und Karol. Hirsch. 28. Kanalarb. Rud. Eisenbrüder und Katharina Richter. 28. Tapezier. Jos. Trubold und Paul. Walter. 30. Fuhrknecht Leonh. Brog und Marg. Leiser. 30. Bäcker Wp. Mann und Anna Silbernagel. 30. Eisenhobl. Friedr. Schellenberger u. Wilh. Küger geb Kranz. 30. Friseur Carl Schindl und Luise Joss. Mai 1. Friseur Georg Herle und Joh. Wellenreuther. April Getraute: 26. Koch Georg Biundo und Karoline Bohmann. 26. Rfm. Jul. Heymann und Hertha Lindemann. 26. Straßenbahnf. Johann Ley und Lina Wieland. 26. Kohlenhbl. Jos. Kettig und Emilie Laumann. 26. Postbote Adam Schüller und Marie Glasbrenner. 26. Rfm. Heinrich Stern und Alice Nachmann. 26. Schlosser Mich. Wegmann und Karol. Helenseich. 26. Kapitän Felix Groemer und Emma Appelgrün. 26. Arzt Dr. Carl Scocozioni v. Vichtenfels und Anna Große. 26. Apotheker Theodor Meier und Emilie Getto. 28. Metzger Eduard Amann und Elise Volt. 28. Geometer Theodor Dehoff und Ursula Eppel. 28. Schlosser Phil. Dieb und Marg. Käß. 28. Former Fridolin Heig und Maria Jung. 28. Schuhm. Oskar Hennig und Eug. Eisenmann. 28. Schlosser Georg Herzog und Maria Wegger. 28. Schlosser Ludwig Hüllengoh und Maria Fischer. 28. F.-A. Gottfried Hochandlauer und Anna Dent. 28. Zimmermann Franz Körner und Anna Hilbert. 28. Küfer Aug. Ruhn und Magd. Weidner. 28. Konker. Fredr. Ringer und Wilh. Schmitters. 28. Eisenhobl. Wilh. Stieritz und Anna Herberger. 28. Oberpostassistent Karl Westermann und Alara Reje. 28. Landw. Wilh. Wohl und Luise Anders. Mai 1. Metzger Ludw. Segner und Sus. Egger. 1. Laborant Max Reiß und Jos. Schuffele. 1. Magazarb. Gg. Ruz und Amalie Seig. 1. Kaufmann Paul Schifinger und Jenny Goldmann. 1. Magazimier Phil. Stigele und Anna Edelmann. 1. Schreiner Otto Welter und Rath. Knöffler geb. Büdert. April Geborene: 22. Wagenführer Joh. Jakob Groh, e. L. Irma Thella. 30. Rangierer Franz Karl Walter, e. L. Karola Maria Lina. 19. Sattler Karl Leist, e. S. Hans.

21. Schlosser Louis Stephan, e. S. Heinrich Johann. 18. Bureauclerk. Jos. Braun, e. L. Johanna Franziska Theresie. 21. Metzger Hermann Klein, e. S. Emil. 23. Postkassener Jakob Müller, e. S. Robert. 20. Spengler Josef Emil Stumpf, e. L. Maria Laura. 22. Eisenbrecher Ludwig August Probst, e. S. Johann Willi. 24. Schmelter Konrad Egenlauf, e. S. Johann. 19. Kesselschmied Jakob Kasper, e. L. Frieda. 23. Wagem.-Geb. Karl Friedrich Krey, e. S. Julius. 20. Rfm. Karl Krauß, e. L. Maria Luise Alwine und e. S. Hermann Martin. 20. Schuhm. Jakob Hofmann, e. S. Heinrich Jakob Philipp. 18. Kellerer Friedr. Siegmund Sonnwald, e. S. Karl Alfred. 24. Damenschneider Joh. Karl Berner, e. L. Luise. 22. Dekorationsmaler Gustav Michael Krautter, e. S. Ernst. 19. Eisenbrecher Adolf Urban, e. S. Paul Adolf. 20. Schneider Ludwig Wilemann, e. L. Anna Maria Emilie. 21. Schneider Ludwig Müller, e. S. Karl. 21. Schmied Karl Schlichtkrul, e. L. Emma Gertrud. 21. Maurer Gottlieb Emil Schefler, e. S. Rudolf. 22. Kellerer Friedrich Wöll, e. S. Friedr. Heinrich. 24. Hofenarb. Jakob Krall, e. S. Philipp Jakob Wilhelm. 24. Erbsenarbeiter Eduard Weich, e. L. Emma. 25. Weizenmeister Carl Heiß, e. S. Karl Julius Georg. 23. Handelsm. Edmund Hochstädter, e. S. Julius Sally. 21. Kobrleger Johann Hoff, e. S. Wilhelm. 23. Schlosser Friedr. Wilh. Bundschuh, e. S. Friedr. Wilh. 24. Versicherungsagent Maxim Stein, e. L. Marie Rosine Eva. 22. Spengler Karl Wilh. Emmert, e. S. Peter Leonh. 24. Schlosser Ludwig Geier, e. S. Adolf Albert. 20. Rfm. Julius Bloch, e. L. Ella Grete. 23. Gummiarb. Karl Rapp, e. S. Karl Wilhelm. 18. Bäcker Wilhelm Voigt, e. S. Richard Hermann. 24. Hofenarb. Wilh. Heinrich Mayer, e. L. Anna Katharina. 23. Eisenbrecher Adam Haller, e. L. Paula Ottilie. 21. Schneider Philipp Bergesky, e. L. Irma. 24. Gummiarb. Jakob Müller, e. L. Bertha Luise. 19. Feldwebel Georg Friedr. Quenzer, e. S. Hermann Christian und e. S. Otto Karl. 24. Glaser Josef Stridde, e. L. Susanna Dina. 22. Former Rudolf Steinhardt, e. L. Emilie Johanna. 23. Tapezier Heinrich Leopold Mecher, e. S. Hans Leopold. 22. Bäcker Berthold Dufner, e. S. Berthold Josef. 22. Hilfskassierer Andreas Rörcher, e. L. Margarete. 20. Händler Franz Josef Vohl, e. L. Elisabeth Maria. 24. Kunstschlosser Anton Ganer, e. S. Hugo Wilhelm Ernst. 24. Wirt Ernst Wilh. Schmidt, e. S. Willi Karl. 24. Tagl. Karl Ludw. Schmitt, e. L. Anna Antonie. 25. Schlosser Georg Schulz, e. S. Edmund Friedrich. 23. Schlosser Karl Friedr. Wös, e. L. Lina Katharina. 25. Hauptamtassistent Ernst Ruf, e. L. Gertrude. 26. Heizer Mathias Emler, e. S. Ernst Mathias. 25. Eisenbrecher Franz Friedr. Schmid, e. L. Friederika Karol. 21. F.-A. Ludwig Gultaus, e. L. Elsa Karol. 26. Küfer Johann Dirscherl, e. S. Georg. 23. F.-A. Karl Reilbach, e. S. Philipp Josef. 26. Schlosser Heinrich Fränkle, e. L. Elsa Brigitta. 21. Heizer Heinrich Joh. Göb, e. L. Mathilde Frieda. 25. Schaffner Joh. Ludwig Dordath, e. L. Bertha. 22. Schuhm. Ludw. Friedrich Hügin, e. L. Juliana Wilhelmina. 21. Rfm. Adolf Emil Burger, e. L. Charl. Bertha Emilie. 22. Müller Johann Denninger, e. S. Karl. 27. Tapezier Anton Jung, e. S. Willi. 26. Wagenwärter Heinrich Ludwig Frey, e. S. Eugen Karl. 24. Müller Georg Fabian, e. S. Georg Heinrich. 26. Schreiner Josef Baier, e. L. Amalie Marie. 26. Schuhmachermst. Joh. Michael Volk, e. L. Elisabeth Margar.

24. Rfm. Karl Friedr. Dieb, e. S. Friedrich Karl. 24. Dorarb. Franz Schäfer, e. S. Rudolf. 28. Rfm. Simon Frank, e. L. Frieda. 24. Schuhm. Andreas Zimmermann, e. L. Hilba. 27. Tapezier Georg Adolf Euchenhofer, e. L. Emilie Frieda. 27. Bureauhilfe Karl Weber, e. L. Emilie Rosa. 25. Ingenieur August Westinghaus, e. L. Anna Bertha Julia Kieselotte. 30. Schlosser Ernst Adolf Heinrich, e. S. Otto. 28. Stadtrevisor Eugen Kroenlein, e. L. Johanna. 30. F.-A. Joh. Phil. Albert, e. L. Elise Friederike. 21. Damenschneider Oskar Herbert Joss, e. S. Friedr. Franz. 25. Schreiner Thomas Schneider, e. L. Anna. 28. Schiffer Wilhelm Seibert, e. S. Wilh. Heinrich. 26. Bierbr. Karl Ferdinand Huth, e. S. Karl Ferdinand. 27. Schuhm. Jakob Käß, e. S. Otto. 26. Milchhändler Wilhelm Heuttmann, e. S. Andreas Wilhelm. 29. Schlosser Karl Kaml, e. L. Kathar. Lina. 27. Kesselschmied Heinrich Wegmann, e. L. Lina. 27. Hauptl. Friedrich Münzer, e. S. Herbert Otto. 28. Berufsfeuerwehm. Karl Voig, e. S. Hermann Anton. 29. Schlosser Christian Grunlich, e. S. Walter Karl. 26. Geschäftsführer Johann Christian Schneider, e. L. Margar. 28. Hilfsarb. Peter Joh. Walfschöb, e. L. Johanna Mathilde. 24. Schlosser Christian Robert Bucher, e. L. Barb. Elise Erna. 26. Betriebsleiter Jos. Emil Ringg, e. L. Martha. 26. Referendarius Eduard Andres, e. L. Rosa Josefine. 27. Hilfsarb. Johannes Helfert, e. S. Adam. April Gestorbene: 19. d. led. Schlosser Joh. Schöffner, 28 J. 25. Albert, S. d. Bureauhilfer Gustav Emil Rathes, 28 J. 25. Emma Frieda Amalie, L. d. Heizers Konrad Oberst, 10 M. 20 J. 27. Karl Otto, S. d. Müllers Josef Anton Edert, 2 J. 4 M. 28. Auguste, L. d. Mechanik. Frh. Lud. Martin, 12 J. 27. d. verimw. Hofmusik. u. D. Wilh. Red, 81 J. 4 M. 28. d. verimw. Tagl. Gottfried Klose, 54 J. 10 M. 28. Aug. Joh. S. d. Schlossers Eduard Wollenfels, 6 M. 14 J. 28. Anna Maria geb. Koppenhöhl, Ehefr. d. Ford. Jakob Mittelz, 35 J. 1 M. 29. Luise, geb. Weigenand, Ehefr. d. Tap.-Dr. Frh. Hagen, 25 J. 9 M. 29. Luise, L. d. Tagl. Wilh. Josef Brinkel, 26 J. 28. Leopold, S. d. Mechanik. Frh. Lud. Martin, 12 J. 28. Adolf, S. d. Frhb. Leo Müller, 5 M. 26 J. 29. Ernst Herm., S. d. Küfers Ernst Herm. Müller, 5 J. 9 M. 29. Hilba, L. d. Kohlarb. Gg. Kettig, 3 M. 14 J. 30. Maria Clara geb. Wolff, Ehefr. d. Buchdruck. Karl Ros. Siegel, 22 J. 4 M. 30. d. led. Rfm. Frh. Lorenz Rausbar, 47 J. 5 M. 28. Gg., S. d. Schiffbes. Andr. Schuppert, 6 J. 2 M. 30. Christian, S. d. Tagl. Leonhard Ehebar, 1 J. 8 M. Mai 1. d. verh. Frhb. Gregor Mayer, 28 J. 11 M. 1. Marg. geb. Stöber, Ehefr. d. Tagl. Phil. Pet. Pfäffner, 68 J. 8 M. 1. Karol. geb. Foulhaber, Ehefr. d. Grobfr. Stationskontroll. Julius Schupp, 45 J. 6 M. 1. Christine geb. Eßig, Ehefr. d. Lotomot.-Heiz. Aug. Reimer, 32 J. 6 M. 1. Elise Herm., L. d. Rfm. Frh. Heinge, 1 J. 8 M. 1. d. verimw. Pfriündner Kath. Trischler, 69 J. 5 M. 1. Helene geb. Stöber, Ww. d. Frhb. Joh. Kögel, 61 J. 8 M. 1. Albert, S. d. Architekten Alb. Heller, 1 St. 2. d. verimw. verufl. Peter Schröder, 86 J. 2 M. 2. d. verh. Invalidenrentn. Julius Schmitt, 77 J. 2 M.

Färberei R. Schaedla Chem. Reinigungsanstalt E 1, 14. Telephon 1488 Q 3, 10. Marktstrasse. Nicht der Concordienkirche. Annahme für Lindenhof: Gontardplatz 1. Rasche Lieferung — Billigste Preise. Anerkannt tadellose Ausführung.

Hausbesitzern hoher Rabatt! Tapeten & Rolle von 10 Pfg. an. Eleg. Goldtapete von 20 Pfg. an. Echte Linerusta, 55 cm breit & Mtr. von 25 Pfg. an in allen Farben. Linerusta-Ersatz, fertig gemalt & Mtr. von 20 Pfg. an. Muster überallhin kostenlos. Ringtreue Tapeten-Industrie, G. Kupsch, Frankfurt a. Main.

Kunstgewerbliches Atelier Grabdenkmäler grösste Auswahl, billigste Preise. C.F. Korwan, Erstes, ältestes u. bestrenommiertestes Geschäft dieser Branche am hiesigen Platze (gegr. 1801). Atelier und Lager am Friedhof.

Eine Geschmacksfrage nicht nur, sondern eine Frage von eminenter Wichtigkeit, für Jeden, der auf seine Toilette Wert legt, ist die Wahl einer tadellosen Fussbekleidung. Wallerstein's Fortschritt-Stiefel sind als tonangebende Marke rühmlichst bekannt. Allein-Verkauf: Schuhwaren-Haus B. Traub D 2, 7, Planken E 3, 7

Anfragen bezüglich des Unterrichtswesens in Zuschneiden und Kleidermacherei können wir unterzeichneten Frauen nur kurz beantworten, daß eine derartige Ausbildung im Zuschneiden, als abends, abendstücken und Tabellen in 5 Stunden und im Kleidermachen in 14 Tagen in der Zuschneidenschule des Herrn J. Szudrowicz N 3, 15, nicht stattfindet, sondern das Zuschneiden und Anfertigen aller Damen- und Kindergera deroben wird sachgemäß durch Lehrer im Freischulzeichen nach Maß und den Selbst-Anweisungen als Poschneider u. Kleider in unbeschränkter Freiheit bei zur Vermittlung der vollständigen Selbständigkeit unterrichtet. Frau Pauline Krämer, Kleinfeldstr. 23. Frau Betty Schmidt, Jungbunzl. 32-34. Frau Margarethe Constanz, Ludwigshafen, Eggersheimerstraße 8.

Tel. 1443 Rudolf Gardé L 15, 14 Spezial-Geschäft für 1921/21 Braut-Ausstattungen Herrenwäsche nach Mass.

Kayser-Nähmaschinen. Alleinverkauf Schury & Hummel, Friedrichspl. 17 u. P 3, 8 Geldverkehr Ankauf 8-10,000 M. als 2. Hand- oder 3. Hand- Nähmaschinen, die ein gut rentables Geschäft sind, werden zu veräußern gesucht. Offert unter Nr. 9428 an die Verp. d. Bl. 25. 8-10,000 M. als 2. Hand- oder 3. Hand- Nähmaschinen, die ein gut rentables Geschäft sind, werden zu veräußern gesucht. Offert unter Nr. 9428 an die Verp. d. Bl. 25.

Verkauf. Gelegenheitskauf. Ein solides Tourenrad 1921 bei Verkauf aus 80135 Karl Trause, Gontardplatz 20. Nur ech. Gisibrand zu verf. 96136 Rheinländerstr. 14.

Mannheimer Journal

Abonnement:
30 Pfennig monatlich.
Lehrgeld 10 Pfennig.
Durch die Post bezogen incl. Post-
aufschlag M. 1.91 pro Quartal.

Informations:
Die Kolonial-Beilage ... 30 Pf.
Wöchentliche Inzerate ... 25
Die Kellam-Beilage ... 60

Telephon: Redaktion Nr. 377.

Amts- und Kreisverköndigungsblatt

Expedition Nr. 318.

Nr. 69.

Samstag, den 5. Mai 1906.

116. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Regelung des Fuhrwerks-
verkehrs während der Pferde-
rennen betr.

Nr. 53002 II. Bezüglich des Fuhrwerksverkehrs bei den
Pferdrennen am 29. April, 1. und 6. Mai wird gemäß
§§ 59, 108, Ziff. 5 Str.-G.-B. Folgendes bestimmt:

- a. Fuhrwerke, sowie zwei- und einspännige
Droschken, nehmen ihren Weg hin- und zurück entweder
durch die Augustastrasse oder durch die Dillstrasse
und den Luisenpark.
- b. Automobile, Fahrräder, Breaks, Bernerwagen
und dergl. Fahrzeuge, haben zur Hin- und Rückfahrt
die Seidenheimerstrasse zu benutzen.
- c. Alle leeren Fuhrwerke fahren zum und vom Renn-
platz die Seidenheimerstrasse. Dieselben haben bei der Fahrt
vom Rennplatz nach der Seidenheimerstrasse den direkten,
neu angelegten Weg zu fahren.

Das Vorfahren ist infolgedessen hierdurch Verkehrsstörungen
oder Gefährdung der Fußgänger zu befürchten sind,
strengstens untersagt.

Sämtliche Fahrzeuge haben die rechte Seite der Fahr-
bahn und ein mögliches Fahrttempo einzuhalten.

Dieses und den sonstigen zur Regelung des Verkehrs
ergehenden Anordnungen der Schutzmannschaft und Gendarmen
ist Folge zu leisten.

Übertretungen dieser Vorschriften werden mit Geld-
strafen nicht unter 20 Mark bestraft.

Mannheim, den 25. April 1906.
Großh. Bezirksamt — Polizeidirektion:
Schäfer.

Bekanntmachung.

Die Reinigung der Schwelge betr.
Nr. 54317 II. In letzter Zeit sind mehrfach Klagen
über die mangelhafte Reinigung der Schwelge in hiesiger
Stadt laut geworden. Wir sehen uns daher veranlaßt,
die einschlägigen Bestimmungen der städtischen Straßen-
polizeiverordnung mit dem Anfügen in Erinnerung zu
bringen, daß die Schutzmannschaft angezogen ist, Zu-
widerhandelnde behufs Bestrafung zur Anzeige zu bringen.

Die Haus- und Grundbesitzer haben, deren Zubot
auf der Polizeiwachtstube des Meviers zu benennende
Eislerstraße haben:

1. die Straßenseiten täglich, mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage, zu kehren und mit Wasser
gründlich auszuwaschen;
2. höchstens einmal die Schwelge zu kehren und bei
der letzten Reinigung in der Woche mit Wasser ab-
zusprühen. Die Reinigungsarbeiten werden für die
St. L. M. N. O. P. Q. R. S. T. U auf Montag,
Dienstag und Freitag, für die übrigen Teile der
Stadt auf Dienstag, Donnerstag und Samstag
festgelegt. Näher auf einen dieser Tage ein Feiertag
vorkommt, so ist die Reinigung am vorhergehenden Werk-
tag vorzunehmen.

Die unter 1 und 2 genannten Bestimmungen müssen im
Sommer längstens bis 7 Uhr, im Winter bis 8 Uhr
Vormittags beendigt sein.

Das Kehren der Schwelge darf bei trockenem,
warmem Wetter nur erfolgen, wenn dieselben vorher gegen
Staubschwärzung mit Wasser überzogen sind.

Abgesehen von den in § 91 aufgeführten Fällen sind
bei außergewöhnlicher Verschmutzung die Straßenseiten
und Schwelge von den Haus- und Grundbesitzern
auch an anderen als den festgesetzten Tagen zu
reinigen.

Zur Vornahme besonderer Reinigung bleiben die-
jenigen verpflichtet, welche die Verunreinigung der
Straßen und Plätze durch Vornahme von Bau- oder
Grabarbeiten, durch Abladen von Kohlen, Schutt, Zer-
streuung von Verpackungsmaterial, Aufstellung von
Fuhrwerken und Tieren von Verkaufsware an der
Straßenseite etc. verursacht haben.

Kommen die Verpflichteten ihren Obliegenheiten
nicht alsbald nach, so wird die Reinigung auf ihre
Kosten nach Anordnung der Polizei vorgenommen.

Mannheim, den 25. April 1906.
Großh. Bezirksamt — Polizeidirektion:
Schäfer.

Rheinschiffahrt.

Am 10. und 11. Mai finden durch das badische
Blontarbatillon No. 14 in Rehl eine Brückenstilllegung
bei km 224,100 unterhalb Rheinhafen (Am Bruch-
sal) statt, wobei die rechtseitigen Strombänke für den Ver-
kehr von Schiffen und Flößen vollständig gesperrt sein
wird. Bei der Durchfahrt durch die linksseitigen Strom-
bänke haben die Boote die Geschwindigkeit auf das Maß
zu mindern, welches zur Steuerung gerade noch not-
wendig ist.

Am unteren Ende des Rheinsheimer Durchflusses
(km 221) und bei Althausen (km 227,5) werden militärische
Stromwachen als Wachtschauer aufgestellt sein, welche die
Fahrzeuge benachrichtigen und mit Weisungen versehen
werden, denen gemäß § 4 Ziff. 9 b der Rheinschiffahrts-
polizeiverordnung unbedingt Folge zu leisten ist.

Mannheim, den 3. Mai 1906.
Gr. Rheindampfschiffahrt:
Kupferschmid.

Zwangs-Versteigerung.
Montag, 7. Mai 1906,
nachm. 2 Uhr

werde ich im Plandlot Q 4, 5,
der, gegen bare Zahlung im Voll-
streckungsbüro öffentlich ver-
steigern: 36141
Möbel verschiedener Art und
6 Balken Holzbohlen.
Mannheim, den 3. Mai 1906.
Wäber,
Versteigerungsamt, Nibelstr. 44

Zwangs-Versteigerung.
Montag, den 7. Mai 1906,
nachmittags 2 Uhr

werde ich im Plandlot Q 4, 5
gegen bare Zahlung im Voll-
streckungsbüro öffentlich ver-
steigern: 36192
2 Schränke, 1 Vertikal, 1
Waldkommode, 1 Plafon-
seffel und sonstiges.
Mannheim, den 5. Mai 1906.
Dingler, Versteigerungsamt

Bekanntmachung.

Die polizeiliche Behand-
lung der Hundelassen betr.

Nr. 54255 II. Wir bringen zur
öffentlichen Kenntnis, daß die in
der zweiten Hälfte des Jahres
1904 angelegten Hundelassen
beim Hundesiege bis jetzt nicht
zur öffentlichen Versteigerung
gebracht werden.

Empfangsberechtigten können
ihre Rechte noch innerhalb der
nächsten 8 Tage auf dem Hund-
bureau (L. 4, 1, Zimmer 11) an-
melden. 8058
Mannheim, 30. April 1906.

Großh. Bezirksamt.
Polizeidirektion: — Jandarrau.

Bekanntmachung.

Verkauf der Spiegel-
manufaktur Mannheim-Waldhof
wurde mit rechtskräftiger Ge-
richtsbescheid vom 19.
April d. J. Nr. 57181 die wasser-
polizeiliche Genehmigung zur Er-
stellung eines Brunnens am
Alteisen und in einer selbstun-
terhaltenen Wasserentnahme von etwa
70 Liter erteilt. 8058
Mannheim, 19. April 1906.

Großherzog. Bezirksamt:
Eppelheimer.

Handelsregister.

Zum Handelsregister B Band I,
O. 3, 59, Firma „Kleberei
Independant“ in Mannheim
wurde heute eingetragen:
Die Liquidation ist beendet,
die Firma erloschen. 8056
Mannheim, den 4. Mai 1906.

Großh. Amtsgericht I.

Handelsregister.

Zum Handelsregister Abteilung
B, Band I, O. 3, 55, Firma
„Rud. Otto Keger & Co.“
in Mannheim als
Firmenübertragung mit dem
Hauptsitz in Hamburg wurde
heute eingetragen:
Die Firma ist geändert in:
Stredelmer Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung. Der Sitz der
Gesellschaft ist von Hamburg
nach Mannheim verlegt. Die
Firmenübertragung Mannheim
ist aufgehoben.

Gegenstand des Unternehmens
bildet die Fortführung der Mann-
heimer Fabrik sowie ihrer Zweig-
geschäfte im In- und Auslande,
insbesondere die Herstellung und
den Vertrieb des Stredelmer
und anderer Apparate für Holz-
anlagen, sowie alle sonstigen durch
die Entwicklung sich ergebender
Geschäfte.

Die Gesellschafterversammlung
vom 10. März 1906 hat die
Anwartschaft von 500,000 M.
Geschäftsanteile beschloffen; diese
Anwartschaft ist erfüllt; das
Stammkapital beträgt jetzt
4,000,000 Mark.

Die Prokura des Alfred Wil-
helm Dreher, Ernst Wilhelm
Hörderl, Ernst Wilhelm Franz
Hübner und Jozep Stoecken ist
erloschen.

Ernst Ludwig Richard Adolf
Schäfer ist als Geschäftsführer
angesehen; Alfred Wilhelm
Dreher in Mannheim ist als
Geschäftsführer der Gesellschaft
benannt.

Durch den Beschluß der Gesell-
schafter vom 10. März 1906 wurde
§ 1 des Gesellschaftsvertrags
(H. 1 und 2) der Gesellschaft
geändert.

In der Versammlung der Gesell-
schafter vom 2. April 1906 ist
die Abänderung und Neufassung
des Gesellschaftsvertrags be-
schlossen worden. Durch den
Beschluss der in der Gesellschafter-
versammlung vom 10. März 1906
beschloffenen Anwartschaft von
500,000 M. Geschäftsanteile sind
die weiteren in dieser Veram-
mlung gehaltenen Beschlüsse auf Ab-
änderung der bisherigen §§ 4 und
1 des Gesellschaftsvertrags in
Kraft getreten. 8055
Mannheim, den 4. Mai 1906.

Großh. Amtsgericht I.

Möbl. Zimmer
B. O. 7, 3. St., bester möbl.
Zimmer an nur sel. Herrn od.
Frau in u. Familienanw. 8055

Bekanntmachung.

Die Herstellung und Verwendung
von Acetylen betr.

Nr. 62941 I. Die Viehwirtschaftler machen wir da-
rauf aufmerksam, daß wir bei künftig hier abzuhaltenen
Messen auf strenge Einhaltung der in der Verordnung
vom 1. September 1905, die Herstellung, Aufbewahrung,
Verwendung von Acetylen, sowie die Lagerung von Carbid
betr. (Vab. Ges.-u. V.-Bl. 1905 Seite 437 ff) gegebenen
Vorschriften dringen und gegen Befehl von Anlagen,
welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, nötigenfalls
unterlagend bzw. strafend einschreiten werden.

Die Verordnung bestimmt in
§ 1.
Wer Acetylen herstellen oder verwenden will, hat dies,
unbeschadet der Bestimmungen im § 2, spätestens bei der
Inbetriebsetzung der Apparate, dem Bezirksamt anzuzeigen.
Es eine genaue Beschreibung und Schnittzeichnung
der Apparate und je eine Anweisung über ihre Behand-
lung, sind dem Bezirksamt vorzulegen und im Apparat-
raum an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen.
Das Gleiche gilt von einer wesentlichen Veränderung der
Apparate und ihrer Behandlung.

Die Herstellung und Aufbewahrung von Acetylen
darf nicht in oder unter Räumen erfolgen, die zum Auf-
enthalt von Menschen bestimmt sind; die Gasentwickler
und Gasbehälter dürfen nur in Räumen aufgestellt werden,
welche mit leichter Bedachung versehen und von Hoch-
druckmauer (öffnungslose massive Mauer) oder einer Abwand
von wenigstens 5 Meter getrennt sind. Die Einziehung
einer Leitung, mit Hilfe schlechter Wärmeleiter hergestellten
Zwischenstücke, ist gestattet.

Im Freien aufgestellte Apparate müssen wenigstens
5 Meter von zum Aufenthalt von Menschen bestimmten
Baulichkeiten, von Scheunen und Ställen entfernt sein.
Feststehende Acetylenentwicklungsapparate dürfen
nicht im Freien aufgestellt werden, sofern sie nicht nur für
den Sommerbetrieb dienen.

Die Apparaträume (§ 2 Abs. 1) müssen nach außen
ausfallende Türen besitzen, welche entweder unmittelbar
ins Freie oder in solche Räume führen, in denen sich kein
offenes Feuer befindet und die nicht mit Licht betreten
werden; sie müssen hell, geräumig, gut gelüftet und frost-
frei sein.

Die Heizung darf nur durch Dampf oder Wasser oder
durch andere Einrichtungen geschehen, bei denen auch im
Falle der Beschädigung die Bildung von Funken oder das
Glühwerden sowie der Zutritt von Acetylen zu offenem
Feuer oder hoch erhitzten Gegenständen ausgeschlossen ist.
Von der Feuerstätte für die Heizung müssen die
Apparaträume durch Brandmauern getrennt sein.

Die künstliche Beleuchtung der Apparaträume darf
nur von außen erfolgen. Sie ist vor einem dicht schlie-
ßenden Fenster, das nicht geöffnet werden kann, wenn möglich
in einer luftlosen Wand anzubringen. Befindet sich in der-
selben Wand mit diesem Fenster eine Tür oder ein zu
öffnendes Fenster, so ist elektrisches Glühlicht in doppelter,
durch ein Drahtnetz geschützten Birnen mit Kupferhaltung
und guter Isolierung der Leitung anzuwenden. Wird zur
Beleuchtung Acetylen verwendet, so muß daneben eine
andere, den vorstehenden Bestimmungen entsprechende Be-
leuchtung betriebsbereit vorhanden sein.

Die Apparaträume dürfen für andere Zwecke nicht
verwendet und von Unbefugten nicht betreten werden. Das
Betreten dieser Räume mit Licht sowie das Rauchen in
ihnen ist verboten. Diese Verbote sind an den Türen
deutlich sichtbar zu machen.

Die Entlüftung der Apparaträume hat durch genügend
weite, im höchsten Punkte dieser Räume aufzuführende Röhre
zu geschehen. Die Entlüftungsröhre der Räume sind bis
über das Dach derart ins Freie zu führen, daß die ab-
ziehenden Gase und Dünste weder in geschlossene Räume
noch in Kamme gelangen können.

Die Apparate müssen in allen Teilen so hergestellt
sein, daß sie gegen Temperaturänderung und Durchrostung
widerstandsfähig sind und dauernd gasdicht bleiben.

In den Apparaten und Gasleitungen dürfen keine aus
Kupfer bestehenden Teile angebracht sein. Die Verwendung
von Messing ist unzulässig.

Die Apparate müssen so eingerichtet sein, daß sie ent-
weder eine vollständige Entlüftung gestatten oder das Ent-
weichen des Gasluftgemisches in ausreichendem Maße ermög-
lichen. Sie müssen ferner so eingerichtet sein, daß ein Ueber-
druck von mehr als einer halben Atmosphäre und im Ent-
wässer eine Erhöhung über 100 Grad Celsius ausgeschlossen
bleibt, sofern nicht für fabrikmäßige Betriebe in der Ver-
einbarung nach § 16 der Feuerordnung etwas anderes be-
stimmt ist. Ferner müssen Vorrichtungen zur Entfernung
von Verunreinigungen (Phosphor-Wasserstoff, Ammoniak u.
dergl.) vorhanden sein.

Das Zurücktreten von Gas aus dem Gasbehälter in
den Entwässer muß durch einen Wasserabschluß verhindert
sein.

Die Leitungen müssen bis zu einem Ueberdruck von
1/10 Atmosphäre vollkommen dicht und im übrigen unter
Lebensbedingung derselben Vorsichtsmaßregeln wie die Stein-
leitungsentwürfen gelegt sein.

Der Gasbehälter muß mit einem Abzugsrohr ver-
sehen sein, welches das Kohlenmonoxid des sich nachentwickeln-
den Gases gestattet, sobald der Gasbehälter nicht mehr
ausnahmefähig ist.

Dieses Abzugsrohr muß von mindestens gleicher Weite
wie das Gaszuführungsrohr sein und ist bis über das
Dach derart ins Freie zu führen, daß die abziehenden Gase
und Dünste weder in geschlossene Räume noch in Kamme
gelangen können.

Die Ueberwachung und Bedienung der Apparate darf
nur durch zuverlässige, mit der Einrichtung und dem Be-
triebe vertraute Personen erfolgen.

Die bei der Herstellung von Acetylen verbleibenden
Carbidrückstände müssen in gefahrloser Weise entfernt
werden.

Die Aufbewahrung von Calciumcarbid und anderen
durch Wasser zerlegbaren Carbiden darf nur in wasser-
dicht verschlossenen Gefäßen und in trockenen, hellen,
gut gelüfteten Räumen, welche gegen den Zutritt von Wasser
unter allen Umständen gesichert sind, erfolgen.

Eine etwaige Heizung darf nur durch Einrichtungen
geschehen, bei denen auch im Falle der Beschädigung der
Zutritt von Wasser in den Lageraum und der Zutritt
etwa entwickelten Acetylen zu offenem Feuer oder hoch
erhitzten Gegenständen ausgeschlossen ist.

Geöffnete Carbidgefäße sind mit wasserdicht schlie-
ßenden oder überziehenden, wasserdurchlässigen Deckeln
verdeckt zu halten.

Die Anwendung von Entlüftungsapparaten zum Öffnen
verdorbener Gefäße ist verboten.

Die Lagerung in Kellern ist untersagt.
Die Gefäße müssen die Aufschrift tragen: „Carbid, ge-
fährlich, wenn nicht trocken gehalten.“

Im Apparaterraum selbst dürfen nicht mehr als
500 Kilogramm aufbewahrt werden.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Vorschriften
werden an Geld bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft,
soweit nicht nach anderen Bestimmungen schwerere Strafen
verwirft sind.

Mannheim, den 5. Mai 1906.
Großh. Bezirksamt IV:
Freiherr v. Reiberg.

Zwangs-Versteigerung.
Nr. 5505. Im Wege der
Ausschreibung soll das in
Mannheim gelegene, im Grund-
buche von Mannheim zur Zeit
der Eintragung des Versteige-
rungsamtes auf das Gelände
gut der Herren-Gemeinschaft zwi-
schen Rudolf Adolf Berth und
Herrn Oskar Salsmann ge-
hörig, nachfolgend beschrie-
bene Grundstück an
Freitag, den 22. Juni 1906,
vormittags 9 1/2 Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat
— in beiden Diensträumen in
Mannheim, B. 4, 3 veräußert
werden.

Der Versteigerungsbescheid ist
am 18. März 1906 in das Grund-
buch eingetragen worden.

Die Einzahl der Miteigentümer
des Grundbuchamtes, sowie der
übrigen das Grundstück betreffen-
den Nachbarn, insbesondere
der Wohnungseigentümer ist je-
dermann gestattet.

Es ergibt die Ausfertigung,
Rechte, soweit sie zur Zeit der
Eintragung des Versteigerungs-
amtes aus dem Grundbuche
nicht ersichtlich waren, insbesondere
in Versteigerungsstermine vor der
Ausschreibung zur Abgabe von
Geboten anzunehmen und, wenn
die Gläubiger widersprüchlich, glaub-
haft zu machen, widrigenfalls sie
bei der Feststellung des geringsten
Gebots nicht berücksichtigt und
bei der Versteigerung des Grund-
stückes dem Ansprüche der
Gläubiger und den übrigen
Rechten nachgeleitet werden.

Zu dem Zweck, nicht ein der
Versteigerung entgegenstehendes
Recht haben, werden aufgedeckt,
vor der Einzahlung des Kaufgelds
die Aufhebung oder einseitige
Einstellung des Versteigerungs-
amtes, widrigenfalls für
das Recht der Versteigerung
erlös an die Stelle des ver-
steigerten Gegenstandes tritt.

Grundbuch von Mannheim,
Band 461, Heft 8, Blatt 400
Nr. 1. 4182
Kauf-Nr. 5788; 2 ar 42 qm
horizont. Kleinflurstück Nr. 16.
Auf der Flurstück steht ein un-
terteiltes dreistöckiges oberes
Wohnhaus mit Garten und
mehrfachem Treppenhause und
Abtrittort.

Erdung 42,000 Mk.
Mannheim, 16. April 1906.
Großh. Notariat III
als Versteigerungsamt:
Dr. Ellinger.

Bekanntmachung.
Die Herbstmesse 1906
betr.

Nr. 15506 I. Am
Freitag, 11. Mai 11. 38.
vorm. 9 Uhr

werden im alten Rathaus,
großer Saal, die Plätze für
obige Messe in nachfolgender
Reihenfolge an den Meist-
bietenden öffentlich versteigert:

a. Zucker, Mehl, Schich-
tuchen, Photographie und
Kartellpläne zur Auf-
stellung von Kartells ohne
Dampfbetrieb, sowie ein
Platz für eine russische
Schauel.

b. die Plätze zur Aufstellung
der febr. Viehwagen und
c. die Geschirrfachaufschläge.
Von dem Steigpreise ist die
eine Hälfte bei der Ver-
steigerung und die andere vor
Bezugnahme des Platzes an
die Stadtkasse zu bezahlen.

Mannheim, 27. April 1906.
Das Bürgermeisterei:
30000/560 Schick.

Freiwillige Versteigerung.
Montag, den 7. ds. Mts.,
nachmittags 2 1/2 Uhr,

werde ich im hiesigen Plandlot
Q 4, 5, im Auftrag des Herrn
Karl Eich gegen bare Zahlung
öffentlich veräußern:

1 zweifacher Kleiderkasten,
1 Bettlade mit Kopf,
1 Küchenschrank,
1 Vertikal,
1 Oval-Tisch,
1 Kinderstühle u. Matr.

Die Gegenstände sind neu und
sind bei der Versteigerung
bestimmt. 8014
Mannheim, den 5. Mai 1906.
Schmitt,
Versteigerungsamt,
Nibelstr. 44

Öffentliche Versteigerung.
Montag, den 7. ds. Mts.,
nachm. 2 Uhr

werde ich im Plandlot Q 4, 5,
gegen bare Zahlung im Voll-
streckungsbüro öffentlich ver-
steigern: 36192
2 Schränke, 1 Vertikal, 1
Waldkommode, 1 Plafon-
seffel und sonstiges.
Mannheim, den 5. Mai 1906.
Dingler, Versteigerungsamt

ca. 15 000 Zigarren
Mannheim, 5. Mai 1906.
Dingler, 36192
Versteigerungsamt

Eigentümer: Katholisches Bürgerhospital. — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kircher. — Druck und Vertrieb: Dr. J. Dauscher Buchdruckerei & u. S. 5

